

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/123: 22.07.1944 – 29.08.1944

22.07.1944

Polen: Am 22. Juli 1944 veröffentlicht das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen. Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen.

Die "Regierung" der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Sie stützen sich auf die widerrechtliche faschistische Verfassung von April 1935. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trifft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Opper Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verspricht zu Beginn des Wiederaufbaus des polnischen Staates die Wiedereinführung aller demokratischen Freiheiten, der Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession und Nationalität, der Freiheit politischer und beruflicher Organisationen, der Presse und des Gewissens. Die demokratischen Freiheiten dürfen jedoch nicht den Feinden der Demokratie dienen. Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichbe-

rechtigung zugesichert. ...

Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchführung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...

Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.

Brüder!

Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...

Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!

Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Es lebe die nationale Freiheit!

... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<

Der 22. Juli wird später polnischer Nationalfeiertag!

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Polen

Nach dem sowjetischen Einmarsch wurden in Polen alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten durch "dehnbare Gesetze", Dekrete und Verordnungen legalisiert, um mit den Reichs- und Volksdeutschen abzurechnen. Die faschistisch-hitleristischen Verbrechen wurden derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme erlaubt war.

Die öffentlichen Sicherheitsbehörden (polnische Milizen und Polizei) nahmen sämtliche "verdächtigen Personen" und "Volksverräter" fest. Anklagebegründungen waren nicht erforderlich, da es sich um Sonderstrafverfahren handelte. Rechtsschutz erhielten die festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen ebenfalls nicht. Sie konnten ohne Angabe von Gründen für unbegrenzte Zeit in Gefängnisse und Internierungslager eingewiesen werden.

Alle Volksdeutschen, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen waren, wurden als Volksverräter eingestuft und zur Rechenschaft gezogen. Sie wurden ohne gesetzliche Grundlage der Zwangsarbeit unterworfen, verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte und ihr gesamtes Vermögen. Die Aburteilung führten zunächst polnische Sonderstrafgerichte durch. Gegen diese Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit oder Einspruchsrechte.

Nachdem die Rote Armee Zentral- und Westpolen erobert bzw. "befreit" hatte, beteiligten sich vor allem polnische Milizen und Partisaneneinheiten an zahllosen Verbrechen (in den polnischen Gebieten hielten sich damals noch mindestens 1,0 Millionen Volks- und Reichsdeutsche auf).

Die Bürgermilizen, Partisanen und der Pöbel waren schon bald gefürchteter als die verrohten Soldaten der Roten Armee. Bei den schwerbewaffneten polnischen Milizen ("Organe der öffentlichen Sicherheit") handelte es sich vielfach um fanatische 15-16jährige Jugendliche, arbeitsscheues Gesindel, entlassene Schwerverbrecher, zwielichtige Elemente und Straftäter aller Art, die ihre Machtpositionen für hemmungslose Plünderungen und private Racheakte mißbrauchten. Die sog. Intelligenz und die Mehrheit der polnischen Zivilbevölkerung hielten sich zunächst noch zurück.

Im Generalgouvernement, in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie in Ostoberschlesien herrschten brutaler Terror und grenzenlose Willkür. Fast alle Volks- und Reichsdeutschen, die in den polnischen Gebieten geblieben waren oder nach der gescheiterten Flucht zurückkehrten, fielen willkürlichen Massenverhaftungen zum Opfer, weil sie während der Beschlagnahmung und Plünderung ihrer Höfe, Geschäfte und Wohnungen störten. Die

Plünderer stahlen gewöhnlich alles, was nicht "niet- und nagelfest" war. Nach der "Befreiung" Zentral- und Westpolens füllten sich schon bald die polnischen Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager. Für die rechtlosen Deutschen begannen grausame Zeiten.

Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Polen-Deutschen (Volksdeutsche, die in polnischen Gebieten und in Danzig lebten). Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 274.900 "ungeklärte Fälle" (x016/79).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x001/123E-131E): >>Das Schicksal der deutschen Bevölkerung im polnischen Staatsgebiet

Nachdem im Sommer 1944 die Rote Armee die östliche Hälfte Polens erobert hatte und Lublin in ihre Hand gefallen war, konstituierte sich am 22. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung zur Übernahme aller zivilen Verwaltungsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder waren Angehörige der Union der polnischen Patrioten, zu der sich im Exil in Rußland lebende Kommunisten zusammengeschlossen hatten. Unter dem Einfluß der Sowjet-Union, welche - die Londoner Exilregierung Polens ignorierend - das Lubliner Komitee als allein rechtmäßige Vertretung Polens anerkannte, erklärte sich dieses am 1. Januar 1945 zur vorläufigen Regierung Polens.

Bereits unmittelbar nach seiner Konstituierung traf das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung am 26. Juli 1944 mit dem sowjetischen Oberkommandierenden in Polen eine Vereinbarung, wonach alle Teile des polnischen Territoriums, die "nicht mehr in der Zone der unmittelbaren Feindseligkeiten" liegen, seiner Verwaltung unterstehen.

Auf Grund dieses Abkommens ging unmittelbar nach der Eroberung die Verwaltung Zentralpolens und der Westgebiete des polnischen Staates an polnische Behörden und polnische Miliz über. Nach kurzer Zeit rückten die russischen Kommandanturen ab. Die Organe des wiedererrichteten polnischen Staates bestimmten nunmehr das Schicksal der Deutschen, die besonderen gesetzlichen Verfügungen und politischen Maßnahmen unterworfen wurden.

Als die Rote Armee zum Angriff ansetzte, lebten in den Gebieten, die vor dem Kriege zum polnischen Staat gehört hatten, rund 1,6 Millionen Deutsche. Die Zahl derer, die in ihren Heimatorten verblieben oder nach mißglückter Flucht dorthin zurückkehrten, läßt sich nur ungefähr schätzen. Doch wird man annehmen müssen, daß etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung, d.h. ca. 800.000 Deutsche, noch im Gebiet des polnischen Staates anwesend war, als den polnischen Kommunisten von der Roten Armee die Verwaltungshoheit übergeben wurde.

Das Unheil, das über diese Deutschen hereinbrach, läßt sich nicht verstehen ohne die vorausgehende Geschichte eines durch zweieinhalb Jahrzehnte sich hinziehenden erbitterten Nationalitätenkampfes. In seinem Verlauf waren nach der aufgrund des Versailler Vertrags vorgenommenen Abtrennung deutscher Gebiete Hunderttausende von Deutschen aus ihrer Heimat verdrängt worden. Nur ein geringer Teil konnte in Posen und Westpreußen zurückbleiben; seine Lage hatte sich, zuletzt seit 1933, zunehmend verschlechtert.

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er das Opfer furchtbarer Ausschreitungen, die Tausenden, vor allem in Bromberg, das Leben kosteten. Schließlich waren es von anderer Seite die radikalen Maßnahmen der nationalsozialistischen Unterdrückungspolitik, die auf die Vernichtung der polnischen Oberschicht und die Herabdrückung des polnischen Volkes in ein Fellachendasein zielten, die den leidenschaftlichen Haß aller Polen und einen ebenso leidenschaftlichen Vergeltungsdrang weckten, der nun auf Unrecht neues, nicht geringeres Unrecht häufte und einzelne Gruppen eines leicht erregbaren Volkes zu entsetzlichen Gewalttaten verleitete.

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen begann daher für die Deutschen, die sich im

Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befanden, eine Zeit ungeheurer Leiden und Entbehrungen. Waren auch sie wie überall den Gewalttaten sowjetischer Soldaten ausgesetzt, so wurden sie erst recht wegen ihrer volksmäßigen Verbundenheit mit der deutschen Okkupationsmacht für deren Wirken haftbar und verantwortlich gemacht.

Exzesse gegen einzelne Deutsche, vor allem aber öffentliche Ausschreitungen gegenüber ganzen Gruppen und Kolonnen von Deutschen, die in Lager abgeführt oder zu Aufräumarbeiten eingesetzt wurden, wie etwa in Warschau, Lodz, Konitz und anderen Städten, machen deutlich, welches Maß an Feindschaft und Haß sich über Menschen ergoß, die, gleich, ob persönlich mitschuldig oder unschuldig, für das büßen mußten, was gewissenlose Elemente im Namen des Volkes begangen hatten, dem auch sie angehörten.

Reichsdeutsche, Umsiedler aus Ost- und Südosteuropa und alteingesessene Volksdeutsche waren in gleicher Weise den spontanen Ausschreitungen und behördlichen Maßnahmen ausgesetzt, die seit dem Einzug der Roten Armee über alle Deutschen in den polnischen Provinzen hereinbrachen, zumal die Deutschen vielerorts, zweifellos in bewußter Anknüpfung an die nationalsozialistische Judenpolitik, auf ihrer Kleidung weithin sichtbare Zeichen (weiße Armbinden, Hakenkreuze) zu tragen hatten.

So als Deutsche gezeichnet, wurden sie der Gegenstand von Verhöhnungen und Mißhandlungen, die oft von Halbwüchsigen und Milizangehörigen ausgingen. Unzählige Deutsche sind in jenen Tagen und Wochen nach der Eroberung von polnischen Behörden ohne Auftrag aus reiner Willkür verhaftet, von Bewachungsmannschaften gequält, dann wieder grundlos entlassen und aufs neue aufgegriffen worden.

Es war ein Zustand ungezügelter Sieges- und Vergeltungsrausches, der sich besonders in den Städten zu Massendemonstrationen auswuchs, sich aber auch in den abgelegensten Gegenden und kleinsten Orten auswirkte, zumindest in der Weise, daß das Eigentum der Deutschen ständig geplündert wurde, daß ihnen oft auf der Straße die Kleidungsstücke vom Leibe gerissen wurden oder daß sie ganz nach Laune und Bedarf zu schmutzigen Zwangsarbeiten geholt wurden. Am meisten litten die deutschen Frauen, die zu alledem oft Tag und Nacht von russischen Soldaten belästigt wurden, so daß viele von ihnen den selbstgewählten Tod einem unerträglichen Leben vorzogen.

Mitunter wurde das Los einzelner Deutscher ein wenig erleichtert, weil manches freundschaftliche Verhältnis zu polnischen Familien Schutz vor Nachstellungen russischer Soldaten, vor Plünderungen und Gewalttaten gewährte, im ganzen gesehen, bedeuteten jedoch auch solche Fälle nur Gradunterschiede eines in jedem Falle entsetzlichen Schicksals, das im Zeichen der Vergeltung und Rache stand.

Im Hinblick auf die Verbrechen, die während der deutschen Okkupation an Polen und polnischen Juden begangen worden waren, ist das Vorgehen der Polen wohl erklärbar, es kann damit aber niemals entschuldigt werden. Denn gerade im Jahre 1945 waren die polnischen Behörden und Sicherheitsorgane weit entfernt von einem ernsthaften Bemühen, die Schuldigen zu finden und zu strafen, sondern der Vergeltungswille machte sich blindlings Luft und schlug auf alle Deutschen zu, obwohl man wissen mußte, daß die, die man verhöhnnte, mißhandelte, verhaftete und tötete, in der Regel nicht die Schuldigen und oft völlig Ahnungslose waren.

Das Blindwütige solcher unterschiedslos gegen alle Deutschen gerichteten Verfolgungen, auch dort, wo sie aus einem berechtigten Verlangen nach Sühne geschahen, zeigte sich, als man im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 verschiedentlich Massengräber von Polen, die während der deutschen Besetzung umgebracht worden waren, exhumieren und die Leichen auf Ehrenfriedhöfen beisetzen ließ, wobei Deutsche gezwungen wurden, unter einer zahlreichen, tobenden Zuschauermenge die Leichen umzubetten, und dabei Schmähungen, Mißhandlungen und Erniedrigungen schlimmster Art über sich ergehen lassen mußten.

Von solchen mehr oder minder spontanen Äußerungen von Vergeltungsgefühlen und nationa-

listischer Leidenschaft sind die systematischen Maßnahmen zu unterscheiden, die der polnische Staat zur Bekämpfung des Deutschtums ergriff. Mehrere umfangreiche Gesetze mit einer Fülle sehr dehnbarer Durchführungsverordnungen boten die Handhabe, jeden Deutschen zu treffen, der sich im Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befand.

Zwei Gruppen von Gesetzen bildeten die Grundlage für die Verfolgung der Deutschen: die Dekrete über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher", der Komplex von Dekreten über "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation", und über die "Ausscheidung feindlicher Elemente ...", später "... von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft."

Das Dekret vom 31. August 1944 über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher" richtete sich zunächst nur gegen Personen, deren Verhalten während der deutschen Besatzung zur Schädigung polnischer Zivilpersonen und Kriegsgefangener geführt hatte.

Das Abänderungsdekret vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Strafrahmen und dehnte insbesondere die Straffälligkeit auf die bloße Beteiligung an "verbrecherischen Organisationen" aus, womit zahlreiche Verhaftungen noch nachträglich legitimiert werden sollten. Denn zahlreiche Deutsche waren auf bloßen Verdacht hin oder allein ihres Deutschtums wegen während der Verhaftungswelle unmittelbar nach dem Einfall der Roten Armee ohne gesetzliche Grundlage in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt worden und blieben dort mitunter noch Jahre, ehe sie abgeurteilt wurden.

Die Vielzahl willkürlicher, oft auf bloßen Denunziationen beruhender Verhaftungen von Deutschen sind durch weitauslegbare Gesetze mit unklaren oder nicht eindeutig formulierten Bestimmungen geradezu heraufbeschworen worden.

So ließ sich z.B. der in dem Dekret zur Bestrafung faschistischer Verbrechen vom 31. August 1944 enthaltene Passus, daß der Bestrafung anheimfalle, wer an der "grausamen Behandlung oder Verfolgung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangener beteiligt" gewesen sei oder von diesen "Leistungen" erzwungen habe "unter der Drohung ihrer Festnahme und Übergabe in die Hände der Okkupationsmacht", auf geringfügigste Vorkommnisse anwenden. Denn jeder Befehl, der von Deutschen an polnische Kriegsgefangene ergangen war, konnte notfalls als "Zwang zu Leistungen unter Drohungen" interpretiert werden, und auch die Anklage wegen "grausamer Behandlung" wurde in vielen Fällen auf bloße Behauptungen und Vermutungen gestützt.

Ebenso mußte die Verfügung, daß die polnischen Sicherheitsbehörden (Miliz und UB) zur Verhaftung verpflichtet waren, sofern nur ein "begründeter Verdacht" vorlag, dazu führen, daß auch böswillige Denunziationen zur Inhaftierung von Deutschen genügte.

Die in erschreckend hohem Maße willkürlich oder aus unzulänglichen Verdachtsmomenten vorgenommenen Verhaftungen wogen um so schwerer, als es für alle, die einmal verhaftet waren, auch dann, wenn die Unhaltbarkeit der Anklage offenkundig war, kaum noch eine Möglichkeit der Entlassung gab.

Da meist schon über das Vermögen der Verhafteten verfügt war, hätte eine Entlassung nur neue Schwierigkeiten gebracht, und so griff man lieber zu der einfacheren Methode von Verhören, bei denen man die Verhafteten unter oft schweren Mißhandlungen zwang, Geständnisse von Verbrechen abzulegen, die diese niemals begangen hatten. Diese Verhöre, die dazu dienten, Anklagepunkte festzulegen, die man den Sonderstrafgerichten zuzuleiten hatte, haben oft zu den schlimmsten Übergriffen geführt, und viele Deutsche sind schon dabei ums Leben gekommen.

Tausende von Deutschen, die auf der Flucht oder noch in ihren Heimatorten in Polen von der Roten Armee angetroffen wurden, sind den Massenverhaftungen, die unmittelbar nach der Eroberung einsetzten, zum Opfer gefallen. Die großen Zuchthäuser Polens, vor allem Fordon bei Bromberg, Graudenz, Krone an der Brahe, Lodz, Mokotow in Warschau, und auch die

kleineren Gefängnisse in den Kreisstädten waren bald mit Inhaftierten überfüllt, die unter roher Behandlung, unzureichender Ernährung und bei schweren Strafarbeiten gefangen gehalten wurden. Viele haben diese Zeit nicht überstanden und sind den Strapazen erlegen. Andere wurden zwangsweise nach Rußland deportiert, wenn die Russen polnische Behörden nötigten, Gefängnisinsassen zu diesem Zweck auszuliefern.

Der größte Teil der Inhaftierten jedoch verbrachte mehrere Jahre in den polnischen Gefängnisanstalten. Erst 1946/47 wurden sie einem Gerichtsverfahren unterworfen und dann zumeist zu einer Gefängnishaft von mindestens drei Jahren verurteilt. Die Zeit der Untersuchungshaft wurde ihnen in verschiedener Höhe angerechnet.

Nach Verbüßung ihrer Strafe erhielten die Inhaftierten jedoch ihre Freiheit nicht zurück. Sie wurden einem Arbeitslager zugeführt und entsprechend ihrer körperlichen Verfassung zu Zwangsarbeiten verwandt.

Die Maßnahmen gegen die Deutschen in Polen wurden in abgeschwächter Form auch gegen die deutsche Bevölkerung der Freien Stadt Danzig und des ehemaligen Regierungsbezirkes Westpreußen angewandt, die durch Dekret vom 30. April 1945 der Wojewodschaft Danzig einverleibt worden waren. Auch viele Bewohner dieser Gebiete wurden verhaftet, in die Danziger Gefängnisanstalten eingeliefert und später nach Fordon bei Bromberg überführt, um nach ihrer Entlassung aus der Gefängnishaft ebenfalls in Arbeitslagern interniert zu werden.

Der zweite, weitaus umfassendere Kreis von Gesetzen des polnischen Staates gegen die deutsche Bevölkerung wird durch den Komplex der "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation" gebildet. Als "Verräter der Nation" definierte der Gesetzgeber einen "polnischen Staatsbürger, der während der deutschen Okkupation ... entweder seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder seine deutsche Abstammung erklärt oder tatsächlich von den Rechten und Privilegien der Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder der deutschen Abstammung Gebrauch gemacht hat ...".

Bei der strafrechtlichen Verfolgung von "Verrätern der Nation" legte die polnische Gesetzgebung die Klassifizierungen zugrunde, die im Zuge der nationalsozialistischen Volkspolitik in den besetzten und eingegliederten Ostgebieten zur Unterscheidung der Deutschen von den Polen eingeführt worden waren.

Im Gebiet des Generalgouvernements handelte es sich hierbei um die Klasse der "Deutschstämmigen" und im Warthegau und den anderen Teilen der eingegliederten Ostgebiete, wo die Differenzierung noch weiter gegangen war, um die Angehörigen der deutschen Volksliste, die je nach dem Grade ihrer "Deutschstämmigkeit" in vier verschiedene Kategorien (Volksliste 1-4) eingestuft worden waren, ferner auch um die Gruppe der "Leistungspolen". –

Alle diese durch das nationalsozialistische Regime begünstigten Personen, denen von den deutschen Behörden entsprechende Ausweise ausgestellt worden waren, die den Polen nunmehr als Beweismittel dienen konnten, galten zunächst generell als Kollaboranten und Verräter und fielen damit automatisch unter die entsprechenden polnischen Strafgesetze.

Das wichtigste dieser Gesetze, das Dekret vom 28. Februar 1945 über die "Ausscheidung der der polnischen Nation feindlichen Elemente aus der Volksgemeinschaft", sah lediglich gewisse Rehabilitierungsmöglichkeiten für die Angehörigen der Volkslisten 2-4 sowie für die Gruppe der "Leistungspolen" vor, wenn diese nachweisen konnten, daß sie gegen ihren Willen und unter Zwang in die einzelnen Gruppen eingestuft worden waren, und durch ihr Verhalten ihre polnische Volkszugehörigkeit bewiesen hatten, und die außerdem bereit waren, eine Loyalitätserklärung gegenüber dem polnischen Staat abzugeben.

Die Konsequenzen des Ausschlusses aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Heranziehung zur Zwangsarbeit und "Unterbringung an einem abgesonderten Ort".

In den 1944 und 1945 erlassenen Gesetzen war zunächst ganz allgemein vom Ausschluß "feindlicher Elemente" gesprochen worden, später - im Dekret vom 13. September 1946 - ist

dann ausdrücklich festgelegt worden, daß es sich hierbei um die "Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft" handelte.

Es wurde darin festgelegt, daß als Kriterium der deutschen Volkszugehörigkeit die aktive Bekundung der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum zu gelten habe, wobei die während des Krieges vorgenommenen Deutschtumserklärungen als nicht allein maßgeblich bezeichnet wurden, weil man nur die echten deutschen Volkszugehörigen treffen wollte, nicht alle Personen, die sich unter dem Druck der Verhältnisse während des Krieges formell zum Deutschtum bekannt hatten. Als Folge der Ausschließung aus der polnischen Volksgemeinschaft wurde in Art. 4 des Dekretes vom 13. September 1946 die Aussiedlung aus dem polnischen Staatsgebiet festgelegt.

Die nationale Ausschließungspolitik des polnischen Staates ist formell erst mit dem Gesetz vom 20. Juli 1950 abgeschlossen worden, das schon einen rein kommunistischen Tenor besaß und gegenüber der von nationalistischen Tendenzen bestimmten Politik der ersten Nachkriegsjahre die Stärkung der "Volksmacht" in den Vordergrund stellte. Alle Verfahren gegen polnische Bürger, die in der Zeit des Krieges ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum oder ihre Deutschstämmigkeit bekundet hatten, wurden eingestellt, neue nicht mehr eingeleitet. Den Betroffenen wurden die vollen Bürgerrechte zurückgegeben. –

Da aber bis zum Frühjahr 1950 die große Masse der in Polen beheimateten Volksdeutschen bereits ausgewiesen war, konnte dieses Gesetz im wesentlichen nur den "Rehabilitierten" Erleichterungen bringen; für das Deutschtum in Polen brachte nicht dieser gesetzliche Akt, sondern die Austreibung den Abschluß jahrelanger Verfolgung.

Der Leidensweg der Deutschen in Polen läßt sich aus den Gesetzestexten allein nicht erkennen. Die Erlebnisberichte erst geben uns ein Bild davon, wie die Gesetze im einzelnen angewandt wurden, und welche Folgen sie für die Deutschen hatten. Die Maßnahmen der Enteignung, der Internierung und der Zwangsarbeit machen die furchtbare Wirklichkeit aus, in die sich die deutsche Bevölkerung gestellt sah.

Zu den ersten folgenschweren Maßnahmen, die der polnische Staat gegen die deutsche Bevölkerung verhängte, gehörte die entschädigungslose Vermögensenteignung. Sie wurde in verschiedenen Formen durchgeführt und bis Ende Mai 1945 beendet. Es begann damit, daß einzelne Polen sofort nach dem Einmarsch russischer Truppen Wohnungen, Häuser und Höfe deutscher Eigentümer für sich in Besitz nahmen. Nach dem Erlaß des Dekrets vom 28. Februar 1945, welches ganz allgemein die Enteignung der deutschen Bevölkerung anordnete, legalisierten polnische Behörden dieses eigenmächtige Vorgehen.

Bei wachsendem Zustrom polnischer Interessenten wurden die Enteignungen in den Monaten März bis Mai 1945 in geschlossenen Aktionen auf ganze Dörfer ausgedehnt und die deutschen Bewohner kurzfristig aus ihren Höfen und Häusern herausgesetzt. Besitzanweisungen wurden ausgestellt, bei deren Verteilung sich bereits der Einfluß der Kommunistischen Partei bemerkbar machte. Neben polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten Polens waren es vornehmlich die polnischen Landarbeiter deutscher Bauern, die bei der Verteilung deutschen Eigentums berücksichtigt wurden. Größere Güter soweit sie nicht von der russischen Armee in Verwaltung genommen worden waren, verfielen der Bodenreform und wurden nach der Parzellierung an polnische Siedler verteilt.

Manche Polen, die ihren neuen Besitz antraten, gestatteten den enteigneten Deutschen, auf ihrem Anwesen zu bleiben, sei es, um sie nicht unmittelbar dem Elend preiszugeben, sei es, um ihre Arbeitskraft auszunützen. In Dachkammern, Schuppen und Abstellräume verdrängt, wurden diese Deutschen auf ihren ererbten Höfen zu bloßen Arbeitskräften der neuen polnischen Besitzer und mußten für karge Nahrung ohne Entgelt schwerste Arbeiten verrichten, oftmals unter Schikanen und Mißhandlungen.

Andere wiederum wurden von den neuen polnischen Besitzern sofort von ihrem Eigentum

verjagt, ohne daß die Eindringlinge Rücksicht auf Alte und Kinder nahmen. Den Vertriebenen wurde nicht einmal gestattet, das Lebensnotwendige einzupacken; obdachlos, hungernd und frierend irrten sie umher, bis sie, oft erst nach Tagen, Unterschlupf fanden in verfallenen Gebäuden, in Viehställen, bei Verwandten oder mitleidigen Polen, die sich durch ihre Aufnahme selbst gefährdeten.

Besonders hart traf dieser Verlust diejenigen Deutschen, die durch die Umsiedlungsaktion der nationalsozialistischen Regierung in den Jahren 1939 und 1940 schon einmal ihre Heimat in Ost- und Südosteuropa verloren hatten. Sie waren im damaligen Warthegau in landwirtschaftliche Betriebe eingewiesen worden, deren polnische Besitzer man vorher entfernt hatte. Nun kehrten diese oft schon im Gefolge der russischen Truppen zurück und ließen ihre Erbitterung an den persönlich unschuldigen, wider ihren Willen in die nationalsozialistische Verdrängungspolitik verstrickten, heimatlosen Umsiedlern aus, denen die Rückkehr in ihre alte Heimat in den baltischen Ländern, in Rumänien, Jugoslawien versperrt war. –

Ein besonders tragisches Los erlebten zahlreiche Rußlanddeutsche. Viele von ihnen, zumindest diejenigen, die erst im Verlauf des Rückzuges der deutschen Truppen aus Rußland (1943/44) nach dem Warthegau gekommen und dort angesiedelt worden waren, wurden 1945 von den Sowjets aufgegriffen und in Straflager nach Rußland deportiert, wo vermutlich ein großer Teil von ihnen zugrunde gegangen ist.

Die Folge des Enteignungsdekrets vom 28. Februar 1945 war ein radikaler Umsturz der Besitz- und Vermögensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in Polen. Anders als in den ostdeutschen Reichsgebieten, wo sich der Prozeß der Verelendung infolge des langsamen Einsinkens polnischer Ansiedler nur allmählich vollzogen hatte, sah sich die deutsche Bevölkerung im Bereich des polnischen Staates mit einem Schläge der Besitzlosigkeit und der damit verbundenen materiellen Not ausgesetzt und als diskriminierte nationale Minderheit auf die niedrigste soziale Stufe herabgedrückt.

Bereits im Mai 1945 war infolge der radikalen Enteignung das gesamte Deutschtum im polnischen Staatsgebiet entwurzelt und hinter dem Stacheldraht der Internierungslager heimatlos geworden. Ihrer Freizügigkeit beraubt und aus dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft ausgeschaltet, wurden die Volksdeutschen zu jahrelanger Zwangsarbeit herangezogen, bevor man sie außer Landes verwies.

Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x010/35-36): >>Die von Polen gegenüber in den deutschen Siedlungsgebieten Polens und den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen verübten Gewalttaten standen im Zeichen eines Vergeltungswillens für Unrechtstaten, die die polnische Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit erfahren hatte. Dabei kamen durchaus auch blinde nationalistisch gestimmte Haßgefühle zum Ausdruck. ... Täter waren in der Mehrzahl Angehörige einer willkürlich zusammengestellten Miliz, in geringerer Anzahl Zivilpersonen, die im Zusammenhang mit Plünderungen Deutsche überfielen.

Die Gewalttaten setzten größtenteils im Zuge einer Verhaftungswelle ein, die auf Grund von Dekreten des polnischen kommunistischen Komitees der Nationalen Befreiung - ab 1.1.1945 von der Sowjetunion als vorläufige Regierung Polens anerkannt - durchgeführt wurde. ...

Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen.

Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürli-

chen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. ...

Nach den vorliegenden Unterlagen sind in die größten Lager Potulice, Kreis Bromberg, Gronowo, Kreis Lissa, Sikawa bei Lodz, Lamsdorf im Kreis Falkenberg/Oberschlesien allein mindestens 80.000 Deutsche verbracht worden. Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager und 227 Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl dieser Lager nur eine kürzere Zeit bestanden bzw. 100 Insassen hatten. Insassen aufgelöster Lager kamen vielfach in die oben angeführten großen Sammellager und wurden von dort aus zur Arbeit "vermietet". Ferner waren Tausende von Deutschen in Gefängnissen inhaftiert.

Deutsche, die im Vorkriegspolen gelebt hatten, waren gemäß ... Dekret vom 4.11.1944, einschließlich Kinder und Säuglinge, ohnehin in überwiegender Mehrzahl als "Verräter der Nation" in Zwangsarbeitslager gekommen. ...<<

24.07.1944

Polen: Sowjetische Truppen stürmen am 24. Juli 1944 das NS-Vernichtungslager Majdanek bei Lublin und befreien mehrere NS-Konzentrations- und Arbeitslager, die östlich von Warschau liegen (x033/513).

26.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schließen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E).

Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen (einschließlich Abtretung des nördlichen Ostpreußen) an die UdSSR akzeptieren, verpflichtet sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.

Das polnische Komitee für die nationale Befreiung (PKWN) schließt mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).

28.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Im Moskauer Rundfunk ruft am 28. Juli 1944 der Verband polnischer Patrioten alle Polen zum Aufstand gegen die Deutschen auf.

29.07.1944

Westkrieg: Die britische Luftwaffe fliegt in der Nacht zum 29. Juli 1944 ihren dritten schweren Angriff gegen Stuttgart, der vor allem die Innenstadt verwüstet. Die Bombardierungen fordern insgesamt 898 Tote und 1.916 Verletzte (x033/515).

NS-Regime: Der "Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte" des NS-Ministeriums Speer berichtet am 29. Juli 1944 über den Umfang der Zerstörungen (Stand: 1. Mai 1944) in den sogenannten 42 "Wiederaufbaustädten" (x033/515): >>Nach diesem Bericht sind in Köln mit 51 % zerstörten Wohnraumes die schwersten Schäden entstanden. In Aachen, Hamburg, Kassel und Düsseldorf erreicht der zerstörte Wohnraum 40 bis 50 % des Standes von 1939, in Essen, Remscheid und Frankfurt/Main 30 bis 40 %, in Emden, Mannheim, Hannover, Augsburg, Frankenthal, Rostock und Wilhelmshaven 20 bis 30 %, in Mühlheim/Ruhr, Krefeld, Dortmund, Oberhausen, Bochum, Rheydt, Ludwigshafen, Wuppertal, Schweinfurt, Berlin, Mainz, Leipzig, Bremen, Münster und Hagen 10 bis 20 %. In weiteren zwölf Städten lagen die Totalverluste unter 10 % ...<<

01.08.1944

Polen: In Warschau beginnt am 1. August 1944 ein überhasteter Aufstand der nationalen polnischen AK-Heimatarmee (General Bor-Komorowski) gegen die deutschen Besatzer. Hitler befiehlt, den polnischen Aufstand mit allen Mitteln niederzuwerfen und Warschau dem

Erdboden gleichzumachen.

02.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Türkei bricht am 2. August 1944 alle diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime ab.

03.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Stalin fordert Mikolajczyk am 3. August 1944 in Moskau auf, die Curzon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung verspricht Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze (einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens) durchzusetzen. Stalin erwähnt außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnt Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).

05.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Im Grundsatzpapier des "US-Committee on Post-War Programs" vom 5. August 1944 heißt es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut national-sozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe.

Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).

07.08.1944

USA: US-General Eisenhower erklärt am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehungspläne im Jahre 1944 (x306/101-107): >>**Der autoritäre Charakter**

Der Erfolg der Psychoanalyse beim Publikum beruhte nicht zuletzt auf den Reizen des Spiels mit analytischen Charakterlehren. Seit Freuds erster einschlägiger Studie "Charakter und Analerotik" (1918) wurden die Charaktere aus den Entwicklungsstufen der frühkindlichen Sexualität abgeleitet. Freuds Schüler Karl Abraham etwa unterschied zwischen oralen, analen, phallischen, urethralen und genitalen Charakteren. Erich Fromm machte mit der Politisierung der Charakterlehre Epoche.

Die gesellschaftsgeschichtliche Gesamtschau lehrte ihn, daß sich der Mensch zunehmend auf die Freiheit hin entwickle. Die primären Bindungen, wie sie das Kind an die Mutter, den Wilden an die Natur und Sippe, den mittelalterlichen Menschen an Kirche, Stand und Zunft bänden, gingen zunehmend verloren. Der Mensch würde freier, aber auch einsamer. Der Einsamkeit versuche er in die sekundären Bindungen zu entfliehen. Er strebe die Symbiose, das Zusammenleben mit einem anderen an.

Nehme diese Symbiose die masochistische Form an, so führe sie zur Unterordnung, zum Versuch des Individuums, "Teil eines größeren, mächtigeren Ganzen außerhalb des eigenen Ichs zu werden, in ihm unterzutauchen und darin aufzugehen. Diese Macht kann ein Mensch, eine Institution, kann Gott, Volk, Gewissen oder eine Zwangsidee sein." Nehme die Symbiose die sadistische Form an, so führe sie zum Versuch, sich etwas unterzuordnen. "Das Streben nach Macht ist die charakteristischste Äußerung des Sadismus." Sadistische und masochistische Züge gehören jedoch zusammen als "aktiver und passiver Pol des symbiotischen Komplexes."

Hätten diese Züge bei einer Person das Übergewicht, so könne man von einem sadomasochistischen Charakter sprechen.

Da jedoch Sadismus und Masochismus gemeinhin als bestimmte sexuelle Perversionen und nicht als Charakterzüge (moralischer Sadismus und moralischer Masochismus) verstanden werden, sei es angezeigt, den sadomasochistischen Charakter in den "autoritären Charakter" umzutaufen. Ein sadomasochistischer Charakter sei immer durch seine positive Einstellung zur Autorität zu erkennen. Er bewundere die Autorität und sei bestrebt, sich ihr zu unterwerfen. Gleichzeitig wolle er jedoch selber Autorität sein und andere sich gefügig machen.

Die Lehre vom autoritären Charakter bot den Schlüssel zur "Psychologie des Nazismus", wie umgekehrt die Suche nach einer Erklärung für diese Psychologie zum Entstehen der Lehre geführt hatte. Fromm lehrte, ökonomische und psychologische Ursachen seien bei der Entstehung des Nationalsozialismus verbunden gewesen wie Kette und Schuß.

Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sadomasochistischen Charakter gehabt, der durch "Verehrung des Starken, Haß auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz (sowohl mit Gefühlen wie mit Geld)" gekennzeichnet sei. Solange Thron und Altar jedoch noch unerschüttert waren, "genügte die Unterwerfung und Untertänigkeit unter die vorhandenen Autoritäten für seinen masochistischen Bedarf".

Der Sturz der alten Ordnung 1918 habe es seelisch, die Inflation ökonomisch entwurzelt. Aber "anstatt seine wirtschaftliche und soziale Lage klar ins Auge zu fassen, begann der Mittelstand, sein Schicksal in dem der Nation zu spiegeln". Er projizierte seine eigene Inferiorität (untergeordnete Stellung) auf die Nation und begann den Kampf gegen Versailles.

Die Funktion der autoritären Ideologie und Praxis sei mit der Funktion neurotischer Symptome zu vergleichen. Diese erwachsen aus untragbaren psychologischen Bedingungen und böten eine Lösung, die das Weiterleben ermögliche. Sie ließen jedoch die Bedingungen unverändert, die die Neurose hervorriefen. Allein der Dynamismus der menschlichen Natur suche nach immer neuen, zufriedenstellenden Lösungen.

"Die Einsamkeit und Machtlosigkeit des Individuums, seine Suche nach Verwirklichung der in ihm und um ihn harrenden Möglichkeiten, die gesteigerten Produktionsmöglichkeiten der Industrie und des Bodens sind Triebkräfte, die die Grundlage eines ständig ansteigenden Verlangens nach Glück und Freiheit bilden. Autoritäre Systeme können die Grundbedingungen nicht aufheben, die das Drängen nach Freiheit immer wieder von neuem erzeugen."

Als der American Jewish Congress die Lehre vom autoritären Charakter übernahm, wuchs dieser beträchtliche Resonanz zu. Im Mai 1944 hatte der American Jewish Congress eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen des religiösen und rassischen Vorurteils ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des American Jewish Congress für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung Max Horkheimer übertragen wurde.

Als erstes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfurter Institut stützenden Forschungsabteilung wurden 5 Bände "Studies in Prejudice" herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von Theodor W. Adorno, Else Frenkel Brunswik, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford über die "autoritäre Persönlichkeit" herausragt. Auf die Frage, warum in der Arbeit die persönlichen und psychologischen Aspekte des Vorurteils betont würden und nicht die sozialen, gab das Vorwort folgende Antwort:

"Unser Ziel ist nicht nur, das Vorurteil zu beschreiben, sondern es zu erklären, um bei seiner Ausrottung zu helfen. Ausrottung meint Umerziehung, die wissenschaftlich geplant wird und auf der Grundlage des auf dem Wege der wissenschaftlichen Untersuchung erreichten Verständnisses steht. Erziehung in einem strikten Sinn ist aber der Natur nach persönlich und psychologisch."

Ziel der mit großem statistischen Aufwand betriebenen Untersuchung war die Aufdeckung "potentiell faschistischer Individuen". Ziel war weniger, eine psychologische Formel für jene Haltung zu finden, die zu einem offenen Bekenntnis zum Faschismus führt, als die "unbewußten seelischen Bedingungen, unter denen die Massen für eine Politik gewonnen werden können, die ihren eigenen vernünftigen Interessen widerspricht", zu untersuchen. Jene Individuen, die auf eine faschistische Propaganda ansprächen, hätten zahlreiche Charakteristika gemeinsam, die ein "Syndrom" bildeten, wenn auch typische Variationen des gemeinsamen Musters unterschieden werden könnten.

Mit einer F-Skala wurden die antidemokratischen Tendenzen meßbar gemacht. Das zitierte "Syndrom" ist die "Autoritäre Persönlichkeit", der die nicht autoritäre gegenübergestellt werden könnte. Der autoritären Persönlichkeit sei "blinde, verbissene, insgeheim aufmuckende Anerkennung alles dessen, was ist" zuzuschreiben. "Konventionelle Werte, wie äußerlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiß, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit und konformistisches unkritisches Verhalten" verbergen "eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs, das sich den Anforderungen der Selbstbestimmung angesichts der übermächtigen sozialen Kräfte und Einrichtungen nicht mehr gewachsen fühlt."

In ihrer Jugend werden die autoritären Persönlichkeiten häufig "durch einen strengen Vater oder durch Mangel an Liebe überhaupt gebrochen und wiederholen, um überhaupt seelisch weiterleben zu können, ihrerseits, was ihnen selbst einmal widerfuhr". So klar der autoritäre Charakter beschrieben ist, so unklar ist der nichtautoritäre Charakter, der schillert wie die große Koalition der Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Der nichtautoritäre Charakter ist gleich der alliierten Koalition durch die Negation gekennzeichnet. "Wirklich freie Menschen wären demnach bloß die, welche vorweg den Prozessen und Einflüssen Widerstand leisten, die zum Vorurteil prädisponieren."

Durch stetige Anstrengungen müsse man sich aus dem Sumpf des Vorurteils in die lichten Höhen der Vorurteilslosigkeit erheben und andere durch "sachlich aufklärende Broschüren, die Mitwirkung von Funk und Film, die Bearbeitung der wissenschaftlichen Resultate für den Schulgebrauch nachziehen." Wo die Frankfurter Geschichte zu machen begannen, konnten die Wiener nicht zurückbleiben. Auf die Frankfurter Untersuchungen über den "autoritären Charakter" folgte unverzüglich eine Wiener Untersuchung über "Reichweite und Methode der Arbeit über die autoritäre Persönlichkeit".

Wie die Lehre von der deutschen Verschwörung zur Praxis der (biologischen, militärischen, wirtschaftlichen oder politischen) Ausschaltung Deutschlands führte, so führte die Lehre von der "autoritären Persönlichkeit" zur Praxis der Umerziehung der Deutschen.

Kurt Lewin (1890-1947), ein ehemals Berliner Gestaltpsychologe und Gründer und Haupt der tonangebenden sozialpsychologischen Schule in Amerika, hat den Prozeß der Umerziehung folgendermaßen dargestellt: Man müsse, wenn man den einen oder anderen Aspekt einer Kultur ändern wolle, beachten, daß alle Aspekte einer Kultur miteinander verbunden seien. "Um stabil zu sein, muß ein Kulturwechsel mehr oder weniger alle Aspekte des nationalen Lebens durchdringen", denn die "dynamischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Aspekten der Kultur einer Nation wie Erziehung, Sitten, politisches Verhalten, religiöse Anschauungen führen dazu, daß jede Abweichung von der bestehenden Kultur bald wieder in die bisherige Strömung zurückgebogen wird".

Man habe entdeckt, daß das Denken innerhalb einer Gruppe mit der Form der Machtverteilung in dieser Gruppe zusammenhänge. "Um einen Wechsel herbeizuführen, muß das Gleichgewicht der Kräfte, die die soziale Selbstregulierung aufrechterhalten, geändert werden." Nach dem Ersten Weltkrieg hätte man das übersehen und eine unblutige Revolution gemacht, die alsbald den reaktionären Kräften ein Comeback ermöglicht habe. Daher sei die "restlose Zerstörung" der Kräfte, die das alte Gleichgewicht aufrechterhielten, die erste Aufgabe der Umer-

ziehung.

Wer Mord und Totschlag ablehne, weil er "Chaos" vermeiden wolle, der werde die Wiederherstellung des alten Gleichgewichts mitverschulden. Doch "Hand in Hand mit der Zerstörung der Kräfte, die das alte Gleichgewicht aufrechterhielten, muß die Einrichtung (oder Befreiung) der Kräfte zu einem neuen Gleichgewicht einhergehen". Es komme dann darauf an, das neue Gleichgewicht durch Selbstregulierung permanent zu machen. Die Phase der Umerziehung (re-education) müsse in der Phase der Selbstumerziehung (self re-education) fortgesetzt werden.

Der gesamte Umerziehungsprozeß durchlaufe demnach drei Phasen.

Erst müsse die "fluidity" (Flüssigkeit der Verhältnisse) hergestellt werden, die den Wechsel ermögliche. Dann müsse der Wechsel selbst durchgeführt werden. Schließlich müsse das neue Gleichgewicht durch Selbstregulierung permanent gemacht werden. Für die erste Phase lagen Pläne vor, wie der von James Warburg, daß alliierte Truppen einen Ring um Deutschland legen, eine künstliche Inflation in Gang setzen und abwarten sollten, bis durch Mord und Totschlag die "Fluidität" hergestellt sei. Die Kernthese der Morgenthau Schule, daß die Alliierten keine Verantwortung für die deutsche Wirtschaft übernehmen dürften, wird erst durch die Fluiditätslehre voll verständlich.

Wie aber soll der Wechsel selbst durchgeführt werden? Hier glaubt Lewin, daß ein "Wechsel der Methoden der Führung wahrscheinlich der schnellste Weg ist, die kulturelle Atmosphäre in der Gruppe zu ändern, da Status und Macht des Führers oder der Führungsgruppe diese zum Schlüssel der Ideologie und Organisation der Gruppe machen". Sozialpsychologische Experimente mit amerikanischen Schulkindern hätten ergeben, daß es autokratische und demokratische Führungsmethoden gäbe.

Unter demokratischen Führungsmethoden habe man sich vorzustellen, daß diese die Geführten einbezögen und sich mehr auf Diskussion als auf Befehl stützten. Man dürfe demokratische Führung jedoch nicht mit einem laissez faire verwechseln. Da demokratische Führung nur funktioniere, wenn Führer und Geführte je ihre Rolle spielten, "muß der demokratische Führer die Macht haben und diese zur aktiven Umerziehung verwenden", bis das neue Gleichgewicht hergestellt ist und jeder die erwünschte Rolle spielt.

Woher aber solle man die neue Führungsschicht nehmen? Die Reaktionäre ("Gestapo und Junker") würde man liquidieren. Die laissez-faire-Demokraten von Weimar seien völlig unbrauchbar. Aber sozialpsychologische Experimente hätten ja gezeigt, daß sich autokratische Führer innerhalb kürzester Frist in demokratische verwandeln ließen. Der bevorstehende deutsche Zusammenbruch werde einen guten Teil der autokratischen Führungsschicht zum Verzweifeln bringen, sie zur Unzufriedenheit mit dem alten Gleichgewicht führen und ihre Abkehr bewirken. Das wäre der richtige Augenblick und auch die richtige Gruppe, denn "es ist leichter, autokratische Führer zu demokratischen zu machen als laissez-faire-Demokraten und saturierte Halbdemokraten".

Auf diese Weise sei es möglich, "durch die Ausbildung demokratischer Führer und Führer von Führern eine Pyramide entstehen zu lassen, die große Massen schnell erreicht". Wer dagegen seine Hoffnung auf die Erziehung setze, die eine neue Generation mit neuen Ideen heranbilde, übersehe, daß die Atmosphäre der Erziehung ein Spiegel der allgemeinen sozialen Atmosphäre sei. Man könne die Zöglinge nicht auf die Dauer isolieren. Der chancenreichste Weg der Umerziehung sei, nicht den einzelnen durch Überzeugung oder die Massen durch Propaganda zu beeinflussen, sondern das Individuum dort zu erfassen, wo es am leichtesten zu formen sei, nämlich "das Individuum als Mitglied der Gruppe".

Wo die Psychologie ihren Kriegsbeitrag leistete, konnte die Psychiatrie nicht zurückbleiben. 1943 vertrat der New Yorker Professor Richard M. Brickner unter dem Titel "Ist Deutschland unheilbar?" den psychiatrischen Gesichtspunkt. Margaret Mead warnt im Vorwort der Schrift,

daß die "Intoleranz" gegenüber einer psychiatrischen Behandlung politischer Fragen "ebenso durch und durch unangebracht ist, wie antibritische und antirussische Gefühle beim totalen Einsatz der Vereinten Nationen".

Der Schlüssel zur deutschen Frage, meint Brickner, liege nicht im Büro der politischen Experten, sondern im Sprechzimmer des Arztes. Deutschland sei ein Patient. Es leide an Paranoia, der Wahnkrankheit. Das heiße nicht, daß jeder Deutsche paranoid sei, sondern nur, daß die vorherrschende Richtung paranoid sei und den nichtparanoiden Zeitgenossen zwingt, sich anzupassen. Aus der Diagnose folge die Therapie. Man müsse sich auf Sumner Welles Vorschlag stützen, einen unbegrenzten Zeitraum verstreichen zu lassen, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. In diesem Zeitraum könne der Patient Deutschland einer Behandlung unterzogen werden.

Der geeignetste Zeitpunkt für den Beginn der Behandlung sei der Tag nach dem Zusammenbruch, da dann die deutsche Seele am empfänglichsten sei. Ausgangspunkt der Behandlung seien die nicht paranoiden Individuen, die zu Trägern nicht paranoider Werte gemacht werden müßten. Sie müßten gestützt werden, und dann sollten nach und nach alle Randgruppen in ihren Bereich hineingezogen werden. Man müsse darauf achten, daß die Träger nicht paranoider Werte nicht mit unerquicklichen Erlebnissen identifiziert würden. Der stützende Eingriff von außen sei daher unumgänglich. Um sich zu entwickeln, brauche der "saubere" Sektor eine künstlich regulierte Atmosphäre, wie das zu früh geborene Kind den Brutkasten.

Die Theorie der Umerziehung (re-education) steht der Theorie der Ausschaltung gegenüber. Während die Ausschaltungstheorien einen gleichartigen deutschen Volkscharakter annehmen, der nicht geändert, aber durch geeignete Maßnahmen (biologische, militärische, wirtschaftliche und psychologische Entwaffnung) gehindert werden könne, Schaden zu stiften, nimmt die Umerziehungstheorie die Möglichkeit einer Änderung an. Daraus folgt auch, daß der deutsche Volkscharakter nicht den anderen Volkscharakteren gegenübersteht, sondern wie jene böse und gute Elemente in sich trägt.

Die Umerziehungslehre steht etwa in der Mitte zwischen den Lehren der Strukturreform und der Ausschaltung. Mit den Strukturreformern glauben die Umerzieher nicht an die ewige Sonderrolle der Deutschen, mit den Antigermanen glauben sie, daß eine Änderung der Institutionen nicht ausreichend ist, da die Institutionen sich dem zugrundeliegenden Volkscharakter immer wieder anpassen würden.<<

08.08.1944

NS-Regime: Roland Freisler (Präsident des NS-Volksgerichtshofes) verurteilt am 8. August 1944 die angeklagten Wehrmachtsoffiziere Erwin von Witzleben, Erich Hoepfner, Hellmuth Stieff, Albrecht von Hagen, Paul von Hase, Robert Bernardis, Friedrich-Karl Klausing und Peter Graf Yorck von Wartenburg wegen Hoch- und Landesverrat zum Tod.

Die Todesurteile werden noch am selben Tage in der Richtstätte Berlin-Plötzensee durch Erhängen vollstreckt.

Claudia Brinner berichtet später über die Strafanstalt "Plötzensee" (x051/446): >>Plötzensee, Strafanstalt im Nordwesten Berlins.

In einem Ziegelschuppen innerhalb des weitläufigen Gebäudekomplexes befand sich die Hinrichtungsstätte, in der von 1933-45 wegen ihres Kampfes gegen die Diktatur etwa 2.400 Männer, Frauen und Jugendliche hingerichtet wurden: Deutsche, Niederländer, Franzosen, Tschechen und Angehörige anderer Nationen sowie aller Gesellschaftsschichten. Die Todesstrafe wurde zuerst nur durch das Fallbeil vollstreckt, ab 29.3.33 auch durch Erhängen.

Von den etwa 200 verurteilten Männern aus den Widerstandskreisen des Zwanzigsten Juli 1944 wurde ein großer Teil in Plötzensee hingerichtet. Auf ausdrücklichen Befehl Hitlers wurde diesen Verurteilten jeder seelsorgerische Trost verwehrt und die Strafe ausschließlich durch Erhängen an den berüchtigten "Fleischerhaken" vollstreckt.

In Plötzensee starben bedeutende Gegner des nationalsozialistischen Regimes wie Goerdeler, Hassell, Leber, Leuschner, Moltke, Witzleben. Am 25.4.45 drangen sowjetische Truppen in die Haftanstalt ein.

1952 errichtete der Senat von Berlin an der Hinrichtungsstätte eine öffentlich zugängliche Gedenkstätte für die Opfer der Hitlerdiktatur. In der ehemaligen Strafanstalt befindet sich heute eine Jugendstrafanstalt.<<

09.08.1944

USA: Die "New York Times" berichtet am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x025/130): >>... (Die Einzelheiten des Attentats erinnerten eher an die) Atmosphäre der finsternen Verbrecherwelt ... Sie verwirklichten ihren Plan mit einer Bombe, der typischen Waffe der Verbrecherwelt ...<<

Die New Yorker Zeitung "Herold Tribune" berichtet am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x103/347): >>... Sollen doch die Generäle den Gefreiten umbringen oder umgekehrt, der Tod beider Seiten wäre vorzuziehen.<<

Der Jüdische Weltkongreß in New York leitet am 9. August 1944 ein Schreiben eines Mitglieds der tschechischen Exilregierung aus London an das US-Kriegsministerium weiter. In diesem Schreiben wird verlangt, die Gaskammern und die Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz sowie die Bahnstrecken nach Auschwitz zu bombardieren (x042/338).

11.08.1944

Polen: Am 11. August 1944 beginnt die Auflösung des Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagers Auschwitz-Birkenau. In den folgenden Tagen und Wochen hetzt man die überlebenden Auschwitz-Häftlinge in Todesmärschen bzw. Hungertransporten nach Buchenwald, Sachsenhausen und Flossenbürg (x033/522).

14.08.1944

USA: Das US-Kriegsministerium beantwortet am 14. August 1944 ein Schreiben des Jüdischen Weltkongresses vom 9.08.1944 (x042/338-339): >>... Ich nehme Bezug auf ihr Schreiben vom 9. August, in dem sie um die Prüfung eines Vorschlags ... bitten, bestimmte Einrichtungen und Eisenbahnknotenpunkte zu bombardieren.

Das Kriegsministerium ist vom War Refugee Board auf die Frage der Durchführbarkeit angesprochen worden. Wie eine Überprüfung ergab, könnte eine solche Operation nur um den Preis eines Abzugs beträchtlicher Luftwaffenkapazitäten durchgeführt werden, die für einen Erfolg unserer augenblicklich anderenorts in entscheidende Operationen verwickelten Streitkräfte unverzichtbar sind, und wäre auf jeden Fall von so zweifelhafter Wirkung, daß sie einen Einsatz wertvoller Kräfte nicht rechtfertigen.

Es wird in diesem Hause überwiegend die Auffassung vertreten, daß ein solcher Einsatz, würde er durchgeführt, wiederum Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen provozieren könnte.

Das Kriegsministerium anerkennt voll und ganz die humanitären Motive, die hinter der vorgeschlagenen Operation stehen, glaubt aber aus den genannten Gründen nicht, daß sie ausgeführt werden kann oder sollte, zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. ...<<

17.08.1944

Großbritannien: Der britische Außenminister Eden teilt dem Bischof George Bell von Chichester am 17. August 1944 schriftlich mit, daß man die deutsche Widerstandsbewegung weiterhin nicht unterstützen wird (x103/349): >>... Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten kann ich nicht einsehen, daß wir verpflichtet sind, den an dem kürzlichen Umsturzversuch Beteiligten zu helfen, die ihre eigenen Gründe hatten, zu Handlungen zu schreiten, und sich sicher nicht in erster Linie davon leiten ließen, sich für unsere Sache einzusetzen.

Was ihren zweiten Vorschlag betrifft, so untersucht die Regierung ständig alle Möglichkeiten, die deutsche Widerstandskraft zu schwächen; ich bin aber nicht der Ansicht, daß ein Appell, wie Sie ihn vorschlagen, unter den gegenwärtigen Umständen diesem Ziele dient.<<

20.08.1944

Ostkrieg: Die sowjetischen Truppen der 2. und 3. Ukrainischen Front greifen am 20. August 1944 bei Jassy und Tiraspol in Rumänien die 6. deutsche Armee sowie die 3. und 4. rumänische Armee an.

Da die äußerst kampfstarken rumänischen Verbündeten plötzlich überall die Flucht ergreifen oder ihre Waffen wegwerfen und zu den Sowjets überlaufen, können die überlegenen sowjetischen Truppen an mehreren Stellen bis an den Pruth durchbrechen. Der unerwartete Frontwechsel der rumänischen Armee trifft die deutschen Truppen vollkommen unvorbereitet und beschleunigt die Zerschlagung der Front. Der Zusammenbruch des gesamten Ostfrontsüdflügels ist danach nicht mehr zu verhindern und endet für die 6. deutsche Armee mit einer militärischen Katastrophe.

Polen: 127 US-Bomber greifen am 20. August 1944 Industrieanlagen in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an. Obwohl gezielte Bombardierungen durchaus möglich sind, werden keine Vernichtungs- oder Bahnanlagen zerstört (x106/369).

21.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Konferenz von Dumbarton Oaks (21.08. bis zum 7.10.1944): Nordamerika, England, die UdSSR und China empfehlen während dieser Konferenz die Auflösung des "Völkerbundes" und die Gründung der "Vereinten Nationen".

23.08.1944

Rumänien: Marschall Antonescu wird am 23. August 1944 gestürzt und verhaftet. Der neue Ministerpräsident (General Sanatescu) proklamiert den rumänischen Frontwechsel, gewährt den deutschen Truppen jedoch einen befristeten Abzug.

Hitler erteilt am 23. August 1945 der 6. Armee die Rückzugserlaubnis, doch jetzt ist es längst zu spät.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die rumänische Kapitulation vom 23. August 1944 (x007/59E-64E,81E-82E): >>... Die rumänische Kapitulation vom 23. August 1944 und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die volksdeutsche Bevölkerung.

Marschall Antonescu galt führenden reichsdeutschen Stellen noch im Frühjahr und Sommer 1944 als der treueste und zuverlässigste Verbündete des nationalsozialistischen Deutschen Reiches. Die rumänische Armee hatte im Kampf gegen die Sowjetunion, insbesondere bei Stalingrad, hohe Verluste erlitten. Gemeinsam mit den deutschen Divisionen der Heeresgruppe Südukraine hielt sie nun den südlichsten Abschnitt der Ostfront, die vom Unterlauf des Dnjestr bereits durch rumänisches Gebiet nördlich Jassy zum Karpatenrand verlief.

Schon im Winter 1942/43, als sich nach Stalingrad und der alliierten Landung in Nordafrika die Kriegslage immer stärker zu Ungunsten Deutschlands zu verschieben begann, waren jedoch im Auftrage des Außenministers Mihai Antonescu und der demokratischen Oppositionsparteien - zum Teil mit Wissen des Staatsführers Ion Antonescu - erste Kontakte zu den Alliierten hergestellt worden.

Die Geheimverhandlungen über ein Ausscheiden Rumäniens aus dem Kriege, die in Istanbul und Kairo mit den Westmächten, später über Stockholm auch unmittelbar mit der Sowjetunion geführt wurden, schienen bereits im Frühsommer 1944 kurz vor dem Abschluß zu stehen. Der Verlust Transnistriens und Nordbessarabiens im März 1944 hatte den Kriegswillen Rumäniens geschwächt. Die im Sommer einsetzenden angloamerikanischen Luftangriffe auf das Erdölgebiet und verschiedene rumänische Industriezentren - darunter Kronstadt und Temeschburg - ließen die innere Widerstandskraft des Volkes weiter erlahmen.

Dennoch fiel die Entscheidung in Bukarest erst nach dem sowjetisch-finnischen Waffenstillstand, als die Bessarabienfront unter den ersten vernichtenden Schlägen des am 20. August einsetzenden sowjetischen Großangriffs zusammenbrach. Am Abend des 23. August 1944

wurde Marschall Antonescu, der sich einem offenen Bruch mit dem deutschen Partner bis zuletzt widersetzt hatte, nach vorbereitetem Plan verhaftet. Die Regierungsgewalt übernahm General Sanatescu mit den Führern der alten Oppositionsparteien. König Michael befahl in einer Proklamation allen rumänischen Truppen die Einstellung des Kampfes.

Der von Generaloberst Friebner kommandierten Heeresgruppe Südukraine unterstanden Mitte August 1944 insgesamt 25 deutsche Divisionen und eine etwa entsprechende Zahl rumänischer Einheiten. Die am 23. August von Tiraspol und Jassy aus mit weit überlegenen Kräften vorgetragene sowjetische Großoffensive durchbrach die deutsch-rumänische Front im ersten Ansturm an mehreren Stellen, da die vielfach demoralisierten rumänischen Divisionen nicht mehr standhielten. Die rumänische Kapitulation traf die Heeresgruppe bereits in vollster Auflösung. Sie konnte die Katastrophe nur beschleunigen.

Die Masse der deutschen 6. Armee wurde östlich Leova eingekesselt und aufgerieben. Nur kleine Gruppen sowie einige Divisionen der weiter nördlich stehenden 8. Armee vermochten sich über die Karpatenpässe nach Ungarn zurückzukämpfen.

Die deutsche Führung in Bukarest war - wie die Reichsregierung - durch die Ereignisse des 23. August trotz wiederholter Warnungen, besonders von militärischer Seite, überrascht worden. Der von Berlin eintreffende Befehl, den "Putsch" mit Militärgewalt niederzuschlagen, verkannte die Lage völlig. Die deutschen Gesandten von Killinger und Dr. Clodius sowie der Deutsche Bevollmächtigte General in Rumänien, General der Kavallerie Hansen waren in der Bukarester Gesandtschaft eingeschlossen. Rumänien war nicht, wie Ungarn seit Mitte März 1944, von deutschen Truppen besetzt.

Die unter Generalleutnant Gerstenberg zum Schutz des Erdölgebiets eingesetzten Luftwaffeneinheiten wie auch ein aus Jugoslawien herangeflogenes Bataillon der Division "Brandenburg" reichten zu einem wirksamen militärischen Gegenschlag nicht aus. Ein von Berlin aus unüberlegt angeordneter Bombenangriff auf Bukarest am 24. August gab König Michael lediglich den Vorwand, dem Deutschen Reich am folgenden Tag offiziell den Krieg zu erklären. Am 28. August befand sich das ganze Land fest in der Hand der neuen Regierung.

Die rumänische Bevölkerung hatte auf die königliche Proklamation zum Teil mit begeistertem "Friedens-Jubel" reagiert. Sie hoffte - wie ein Teil ihrer demokratischen Führer - auf ein baldiges Eingreifen der Anglo-Amerikaner, nicht wissend, daß diese Rumänien bereits im Mai des Jahres zum sowjetischen Interessengebiet erklärt hatten. Zu Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen kam es indessen in den allerwenigsten Fällen.

In den Städten Siebenbürgens und des Banats lagen nur kleinere deutsche Garnisonen - Nachschubeinheiten und Teile der alten "Lehrtruppen". Sie erhielten von den örtlichen rumänischen Kommandeuren die zum Teil schwankten, ob sie sich dem Umsturz in Bukarest fügen sollten, bis zum 25. August abends freien Abzug, zumeist mit dem Zugeständnis, ihr gesamtes militärisches und technisches Material mitzunehmen. Es kam gelegentlich sogar zu Sympathiekundgebungen für die Deutschen seitens rumänischer Truppen und Offiziere.

Die rumänische Zivilbevölkerung - nicht nur die Volksdeutschen - gewährten versprengten deutschen Soldaten, oft noch nach dem Einmarsch der Sowjets, unter Gefährdung der eigenen Sicherheit Hilfe und Unterkunft. Wenn es der neuen rumänischen Regierung später dennoch ohne ernsthafte Schwierigkeiten gelang, große Teile der rumänischen Armee gegen die Achsenmächte ins Feld zu führen, so ist das in erster Linie der unerbittlichen Feindschaft gegen den ungarischen Nachbarn zuzuschreiben; der Krieg wurde zum "nationalen Befreiungskampf für Siebenbürgen".

Wie die offiziellen Vertreter des Deutschen Reiches war auch die Führung der deutschen Volksgruppe am 23. August auf den Umsturz nicht vorbereitet. Andreas Schmidt selbst weilte in Berlin; eine zentrale Leitung fehlte im entscheidenden Moment. Pläne für eine Evakuierung der Volksdeutschen lagen nicht vor. In Kronstadt wurden auf Anordnung der Volksgruppen-

führung einige Hundert Volksdeutsche, in der Mehrzahl Gymnasiasten, bewaffnet; in Hermannstadt konnte der einsichtigere Kreisleiter eine entsprechende Maßnahme verhindern.

Im übrigen mahnten die örtlichen Funktionäre der Volksgruppe zur Ruhe und rieten von einer Flucht ab; man sprach von (einem) bevorstehenden deutschen Entsatz und vertröstete die deutsche Bevölkerung noch beim Abrücken der deutschen Garnisonen auf einen baldigen Gegenstoß. Dies hinderte freilich nicht, daß ein großer Teil der Volksgruppenführung, insbesondere die leitenden Funktionäre in Kronstadt, Rumänien mit den abrückenden deutschen Einheiten verließen.

Die in Kronstadt, Hermannstadt, Mediasch, Mühlbach, Schäßburg und Temeschburg stationierten deutschen Truppen, die im Laufe des 25. August abzogen, nahmen auch sonst im Rahmen des Möglichen Volksdeutsche, die sich oft völlig unvorbereitet und ohne Gepäck zur Flucht entschlossen, auf ihren Fahrzeugen mit. In größerem Umfang geschah dies nur in Kronstadt, wo die Zahl der Geflohenen mit etwa 600 angegeben wird.

Die vollständige Evakuierung der volksdeutschen Bevölkerung aus dem südlich Kronstadt gelegenen Busteni, dem Sitz der deutschen Papierfabrik Schiel, mit einem Güterzug des dort stationierten deutschen "Eisenbahntransportkommandos für den Südosten" blieb eine Ausnahme.

In den Tagen nach dem Umsturz, vom 24. bis 27. August, wurden auf Anordnung der neuen rumänischen Regierung verschiedene Sicherungsmaßnahmen gegen die Volksdeutsche und madjarische Bevölkerung durchgeführt. Waffen, Radiogeräte, Kraftfahrzeuge und Fahrräder mußten abgeliefert werden; an einzelnen Orten zogen übereifrige Beamte auch Photoapparate und sogar Nähmaschinen ein. Die deutschen Telefonanschlüsse wurden gesperrt.

Überdies mußten sich Volksdeutsche und Ungarn bei den Polizeibehörden ihres Heimatorts registrieren lassen; sie erhielten dabei einen Sonderausweis, der ihre Volkszugehörigkeit vermerkte und sie verpflichtete, sich jederzeit auf Befehl binnen zwei Stunden bei der Polizei zu melden. Nach einigen Tagen wurde den Deutschen auch das Verlassen ihrer Wohnorte und die Benutzung der Eisenbahn untersagt.

Trotzdem gelang es allerdings einigen Familien aus Hermannstadt, Schäßburg und anderen Orten Siebenbürgens, zum Teil mit den letzten Zügen, nach Temeschburg zu fahren, um später von dort über die serbische Grenze und weiter nach Ungarn zu flüchten. Temeschburg lag in den ersten Tagen und Wochen nach der Kapitulation noch weitab vom Kampfgeschehen und schien von den Ereignissen - trotz der wachsenden Zahl der Flüchtlinge - kaum berührt.

Die Dienststellen der Volksgruppe und ihrer Organisationen wurden unmittelbar nach dem 23. August geschlossen.

Schon in den ersten Tagen begann zugleich die Internierung der zurückgebliebenen Funktionäre der Volksgruppenorganisation. Die von der neuen Regierung angeordnete Verhaftungswelle erfaßte zunächst Kreis- und Ortsgruppenleiter, Amtswalter der verschiedenen Organisationen sowie vielfach auch volksdeutsche Bürgermeister.

Durch schematische Handhabung der Anordnungen - "in jeder deutschen Gemeinde drei führende deutsche Persönlichkeiten" - wurden auf dem flachen Land sowie in Orten mit geringer deutscher Bevölkerung gelegentlich auch Volksschullehrer und andere angesehene Gemeindeglieder, die sich politisch nicht exponiert hatten, von der Internierung betroffen, freilich bisweilen ebenso rasch wieder freigelassen.

Zum Teil auf sowjetischen Druck kam es nach dem Abschluß des Waffenstillstandes im Zuge einer allgemeinen antifaschistischen Säuberung zu weiteren Internierungen, die sich auch auf die Redakteure der deutschen Zeitungen, prominente Unternehmer und Geschäftsinhaber, ja selbst Pfarrer und Ärzte erstreckten, die wegen ihres Ansehens und ihrer Autorität bei den Volksdeutschen gefährlich erschienen. Gelegentlich genügten auch Denunziationen und anonyme Anzeigen, um eine Verhaftung zu veranlassen.

Die Internierten wurden zunächst - in Temeschburg wie in den Städten Siebenbürgens - in Untersuchungsgefängnissen, Kasernen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden zusammengezogen und von dort nach einigen Tagen oder Wochen in das ehemalige Konzentrationslager Targu-Jiu am Südrand der Karpaten übergeführt; Verhöre durch die örtlichen antifaschistischen Überprüfungscommissionen, die auf Betreiben der Kommunisten errichtet wurden, waren selten.

In Targu-Jiu wurden vor allem auch die nach der Kapitulation internierten Reichsdeutschen, die zahlreichen Angehörigen der Gesandtschaft und der verschiedenen Wirtschaftsstäbe, sowie internierte ungarische Staatsbürger untergebracht. Später wurde das Gefangenenlager Slobozia in der Baragan-Steppe mit Internierten belegt; einzelne Volksdeutsche wurden auch nach Turnu-Magurule eingewiesen. Die Gesamtzahl der in den ersten Monaten nach der rumänischen Kapitulation inhaftierten Volksdeutschen ist nicht genau feststellbar, doch dürfte eine Schätzung von höchstens zwei- bis dreitausend der Wahrheit etwa gerecht werden.

Die Internierten wurden von den Rumänen anfangs rücksichtsvoll, zum Teil sogar freundlich behandelt. Die Unterbringung in den Barackenlagern war nicht gut, die hygienischen Verhältnisse wie auch die offiziell gereichte Verpflegung waren unzulänglich. Doch hatten die Häftlinge vielfach Gelegenheit, sich ihr Los durch Kauf von Lebensmitteln und Empfang von Paketen zu verbessern. So blieb ihre Lage im allgemeinen erträglich, wenn sie sich auch mit der zunehmenden Überfüllung der Lager verschlechterte.

Es bleibt hier grundsätzlich zu betonen, daß die rumänischen Behörden in den ersten Wochen und Monaten nach der Kapitulation bei allen Maßnahmen gegen die Volksdeutschen um Höflichkeit und Korrektheit bemüht waren. Es mag dabei, vor allem in den Grenzgebieten, anfangs der Gedanke an einen noch möglichen militärischen Umschwung mitgespielt haben. Entscheidend war jedoch zweifellos, daß es in der rumänischen Bevölkerung, im großen und ganzen gesehen, keinen Haß gegen die Volksdeutschen gab.

Zu organisierten oder spontanen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung ist es in Rumänien - im Gegensatz zu Jugoslawien oder der Tschechoslowakei - nicht gekommen. Einzelne Drohungen und gelegentliche unfreundliche Äußerungen der rumänischen Presse blieben ohne sichtbare Wirkung.

Auch die Führer der rumänischen demokratischen Parteien waren prinzipiell zu einer Zusammenarbeit mit Hans Otto Roth, der das Schicksal der Volksdeutschen nach Auflösung der Volksgruppenführung wieder in die Hand zu nehmen suchte, bereit. Das Einrücken der Sowjettruppen schuf jedoch schon nach wenigen Wochen völlig veränderte Verhältnisse.<<

>>... **Die Entwicklung der politischen Lage bis zur Abschaffung des Königtums.**

Noch am 25. August 1944 ließ die sowjetische Regierung durch Molotow erklären, sie werde sich in die Gestaltung der inneren politischen und sozialen Struktur Rumäniens nicht einmischen. Der nach dem Umsturz gebildeten Koalitionsregierung des General Sanatescu gehörten neben dem Führer der zahlenmäßig unbedeutenden rumänischen Kommunisten, Lucretiu Patrascanu, auch die demokratischen Parteiführer Julius Maniu (Nationalțaranisten), Dinu Bratianu (Liberale) und Constantin Titel-Petrescu (Sozialdemokraten) an.

Ein Dekret vom 31. August 1944 setzte die alte demokratische Verfassung von 1923 erneut in Kraft. Das demokratische Zwischenspiel war jedoch von kurzer Dauer. Schon am 4. November schieden Maniu, Bratianu und Petrescu aus der Regierung aus, während Petru Groza, Führer der kommunistisch bestimmten "Bauernfront" und führendes Mitglied der neugebildeten "Nationaldemokratischen Front" (FND), das Vizepräsidium des Ministerrats übernahm.

Ebensowenig wie Sanatescu vermochte General Radescu, der Anfang Dezember die Führung des Koalitionskabinetts übernommen hatte, der von kommunistischer Seite systematisch geschürten Unordnung und Unruhe im Lande Herr zu werden. Sein Versuch, kommunistische Demonstrationen mit Waffengewalt zu zerstreuen, gab den Sowjets den erwünschten Anlaß

zur Intervention.

Am 2. März 1945 mußte König Michael Groza zum Ministerpräsidenten ernennen; wenige Tage später übernahm das neue Kabinett der "Nationaldemokratischen Front" die Regierung, in der nun alle einflußreichen Posten mit Kommunisten besetzt waren.

Der Kampf Grozas und der Kommunisten gegen die Opposition der "historischen" Parteien, der NationalăȚaranisten Maniu und der Liberalen Brătianu, bestimmte das politische Geschehen in Rumänien während der folgenden Jahre. Wiederholte Interventionsversuche der Westmächte für eine Beteiligung der Opposition an der Regierung und für die Abhaltung freier Wahlen blieben ohne nachhaltigen Erfolg.

Die rücksichtslos gefälschten Ergebnisse der Novemberwahlen von 1946 gaben der FND 348 von insgesamt 414 Mandaten der Nationalversammlung. Mitte Juli 1947 wurden die führenden NationalăȚaranisten verhaftet. Wenige Wochen nach ihrer Aburteilung wurde König Michael zur Abdankung gezwungen. Am 30. Dezember 1947 war Rumänien Volksrepublik.

...<<

26.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: US-Präsident Roosevelt lehnt am 26. August 1944 die gemäßigten Nachkriegspläne des nordamerikanischen Kriegsministeriums ab.

Roosevelt schreibt an US-Kriegsminister Stimson (x028/231,37): >>Es weckt den Eindruck, daß Deutschland genau so wiederhergestellt werden soll wie die Niederlande oder Belgien und daß die Bevölkerung von Deutschland so rasch wie möglich in ihren Vorkriegsbesitz wieder eingesetzt werden soll. ...<<

>>... Dem gesamten deutschen Volk muß eingehämmert werden, daß die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.<<

Churchill meint am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen.

...<<

27.08.1944

Ostkrieg: Die 2. Ukrainische Front dringt am 27. August 1945 in Zentralrumänien ein.

Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Rumänien

Da der Kurswechsel in Rumänien überraschend kam, wurden von August bis November 1944 höchstens 100.000 Rumänien-Deutsche in den Westen evakuiert.

In erster Linie flüchteten maßgebliche NS-Funktionäre, die sich mit den abrückenden deutschen Truppen absetzten. Nachdem man in den Jahren 1940-43 bereits rd. 215.000 Volksdeutsche aus der Bukowina, der Dobrudscha, Bessarabien und anderen rumänischen Gebieten umgesiedelt hatte, erlebten ca. 404.000 volksdeutsche Zivilisten den sowjetischen Einmarsch in Rumänien (x007/46E).

Die sowjetischen Truppen benahmen sich im allgemeinen diszipliniert, denn nach dem rumänisch-sowjetischen Bündnis wurde Rumänien nicht mehr als "feindliches Land" angesehen. Sowjetische Offiziere ordneten in Rumänien vielerorts Alkoholverbote an und verhängten drakonische Strafen, so daß sich dort keine gewalttätigen Massenausschreitungen ereigneten. In besonders hart umkämpften Gebieten verübten sowjetische Einzeltäter zwar brutale Verbrechen, aber diesen Gewalttaten fielen nicht nur Volksdeutsche, sondern auch Rumänen und andere Nationalitäten zum Opfer.

Nach der Befreiung Rumäniens ließen die Sowjets im gesamten Land "Arbeitskräfte für den Wiederaufbau" der UdSSR inhaftieren. Am 2. Januar 1945 begannen in Rumänien großangelegte Deportationen. Innerhalb von mehreren Wochen verschleppte man rd. 75.000 Rumänien-Deutsche in die UdSSR. Während der jahrelangen Zwangsarbeit kamen mindestens 15 % = 11.250 deutsche Zivilisten um (x007/79-80E).

Trotz der rumänischen Kriegserklärung und der üblichen Zwangsmaßnahmen (z.B. Deportation von Zwangsarbeitern, Verhaftung von NS-Funktionären und Angehörigen der Waffen-SS), die von den Sowjets ausdrücklich gefordert wurden, ereigneten sich in Rumänien zunächst keine planmäßigen Verfolgungen von Deutschen.

Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Rumänien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 101.000 "ungeklärte Fälle" (x016/79).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über den sowjetischen Einmarsch in Rumänien (x007/75E-77E): >>... Am 31. August 1944 rückten die Spitzen der Roten Armee in Bukarest ein. Am 7. September erreichten sie nach Überschreitung der Karpaten Hermannstadt und Kronstadt, um in den folgenden Tagen auch das übrige Süd-Siebenbürgen zu besetzen.

Dem Einmarsch in Temeschburg und Arad - 17./21. September - folgten die Kämpfe mit den zurückgehenden deutschen Truppen im Nordwesten des Banats. Nach dem Durchbruch der am 6. Oktober beginnenden sowjetischen Offensive südlich Großwardein mußten auch Nord-Siebenbürgen und das Sathmar-Marmarosch-Gebiet preisgegeben werden, so daß Ende Oktober das gesamte Vorkriegs-Territorium des rumänischen Staates durch die Sowjets besetzt war.

Der Einzug der sowjetischen Kampftruppen, die als "Freunde" und "Verbündete" Rumäniens kamen, vollzog sich verhältnismäßig diszipliniert. Besonders in den Städten suchten die russischen Kommandeure die Ordnung durch Alkoholverbote, Kontrollstreifen und strenge Bestrafungen zu wahren. Überfälle auf Straßenpassanten, denen Uhren, Schmuck und andere Wertgegenstände abgenommen wurden, waren freilich nicht zu verhindern.

In den Außenbezirken wie in den umliegenden Dörfern kam es zu einzelnen Gewalttaten, zu Plünderungen und Vergewaltigungen, von denen jedoch Rumänen, Deutsche und Madjaren gleichmäßig betroffen wurden. Rücksichtslos hauste die sowjetische Soldateska in den im Kampf eroberten Gebieten. Im Banater Kampfgebiet wurden die Bewohner einiger Gemeinden von den Sowjets vorübergehend evakuiert, um ihre Besitzungen bei der Rückkehr geplündert vorzufinden.

Richtete sich das Vorgehen der Sowjets nur in beschränktem Maße gegen die Volksdeutschen, so gab ihr Einmarsch doch zugleich dem ortsansässigen rumänischen Pöbel freie Hand. Besonders in den von den deutschen Bewohnern ganz oder teilweise geräumten Gemeinden plünderten Zigeuner und Rumänen ungehindert. Auch die zurückgebliebenen deutschen Bauern waren Übergriffen im allgemeinen schutzlos preisgegeben; ihre Weinkeller wurden geleert, ihr Vieh weggetrieben, wenn man sie nicht überhaupt kurzerhand von ihren Höfen verjagte.

In ähnlicher Form kam es auch in den Städten, in denen sich die zahlenmäßig zunächst unbedeutenden Kommunisten rasch in den Vordergrund drängten, zu willkürlichen Übergriffen. Der kommunistisch gesteuerten Propaganda gegen Kriegsverbrecher, Faschisten und Kapitalisten folgten Haussuchungen und Verhaftungen; zahlreiche Familien wurden aus ihren Wohnungen verdrängt, anderen wurden Möbel, Kleider oder sonstige Wertgegenstände beschlagnahmt. Diese örtlichen Gewaltmaßnahmen hatten freilich keinen systematischen Charakter.

Zu den von den Sowjets geforderten Arbeitsleistungen wurden schon in den Herbstmonaten in zunehmendem Maße Volksdeutsche herangezogen, wobei mancherorts besonders auf die Angehörigen der SS-"Freiwilligen" zurückgegriffen wurde. Die Männer wurden zur Instandsetzung des Hermanstädter Flugplatzes, zu Straßen- und Gleisarbeiten eingesetzt, während die Frauen in russischen Lazaretten aushelfen mußten. Dennoch verliefen die ersten Monate nach der sowjetischen Besetzung im allgemeinen ruhiger, als man erwartet hatte.

Schon unmittelbar nach der rumänischen Kapitulation war gelegentlich von einer bevorste-

henden Deportation der Volksdeutschen die Rede gewesen. Stärker noch als die erste Registrierung Ende August waren erneute Zusammenstellungen aller arbeitsfähigen Deutschen im Oktober und November des Jahres mit Mißtrauen aufgenommen worden. Gegen Ende des Jahres verstärkten sich die Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Verschleppung; durchfahrende Züge mit verschleppten Volksdeutschen aus Jugoslawien mußten die Unruhe noch vermehren.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Rote Armee (x046/280-281): >>... Die Rote Armee befand sich, was die militärische Disziplin angeht, tatsächlich schon 1944 in dem Zustand einer zunehmenden Verwilderung. Bei der Wiedereinnahme altsowjetischer Gebiete, der Ukraine etwa, aber auch in Polen, in den baltischen Ländern, in Ungarn, in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien, nahmen Übergriffe und Gewaltakte gegenüber der einheimischen Bevölkerung einen solchen Umfang an, daß die sowjetischen Kommandobehörden sich gezwungen sahen, energische Maßnahmen zu ergreifen. ...

In den nichtdeutschen Ländern sind die sowjetischen Kommandobehörden, wenngleich oft vergeblich, noch gegen die Ausschreitungen und Plünderungen der Angehörigen der Roten Armee gelegentlich eingeschritten.

Im deutschen Reichsgebiet entfiel jede Hemmung. So hatte der Korpskommandeur des 43. Schützenkorps, Generalmajor Andreev, seinen Soldaten in Polen zu Anfang 1945 für den Fall von Übergriffen noch mit dem Militärtribunal gedroht, um in seiner Belehrung dann zugleich fortzufahren: "Wenn wir erst in Deutschland sind, werde ich über solche Dinge kein Wort verlieren". ...<<

28.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski fordert am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).

29.08.1944

Ostpreußen: Ein weiterer britischer Bombenangriff vernichtet am 29. August 1944 große Teile der Königsberger Innenstadt.

Protektorat Böhmen und Mähren: US-Bomberverbände fliegen am 29. August 1944 schwere Tagesangriffe gegen Oderberg und Mährisch Ostrau.

Slowakei: Slowakische Partisanen eröffnen am 29. August 1944 den Aufstand (ohne Abstimmung mit den slowakischen Streitkräften) und besetzen wichtige Städte der Mittelslowakei (Kremnitz, Turz Sankt Martin, Rosenberg, Neusohl, Hochwies und Paulisch). Die Slowaken werden per Rundfunkdurchsage zum Aufstand gegen die deutschen "Besatzer" aufgefordert.

Staatspräsident Dr. Tiso fordert damals deutsche Waffenhilfe, um den Militärputsch niederzuschlagen. Obgleich die slowakische Armee sofort die Mobilmachung anordnet, reagieren die deutschen Truppen schneller. Sie rücken in die Ostslowakei ein und entwaffnen das 1. slowakische Armeekorps (Generalmajor Malar mit ca. 22.000 Soldaten - x040/232).

Der slowakische Aufstand und die Evakuierung der Karpatendeutschen

Nach dem Abschluß des tschechisch-sowjetischen Beistands- und Freundschaftsvertrages (12.12.1943) verbündeten sich ab 1944 die kommunistischen Partisanengruppen der Tschechen und Slowaken sowie Teile der slowakischen Streitkräfte. Die kommunistischen Partisanenverbände handelten im Auftrag der sowjetischen Partisanenbewegung, die von der KPdSU geführt wurde (x047/229). Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei (seit 1939 verboten) erhielt ab 1944 Weisungen aus Moskau.

Als sich die Rote Armee im Mai 1944 unaufhaltsam der Slowakei näherte, ordnete der slowakische General Jan Golian an, den Aufstand gegen die Deutschen vorzubereiten. Wegen angeblicher Manöver verlagerte man z.B. slowakische Kampfeinheiten, Waffen, Munition und wichtige Versorgungsgüter in die Mittelslowakei. Die tschechischen und slowakischen Parti-

saneneinheiten, die sich bisher außergewöhnlich passiv verhalten hatten, wurden jetzt ebenfalls aktiv.

Ab Juni 1944 transportierte die sowjetische Luftwaffe täglich Waffen und sonstiges Kriegsmaterial in die Slowakei. Bei diesen Nachteinsätzen setzte man außerdem sowjetische Agenten sowie ortskundige Tschechen und Slowaken, die speziell für den Partisanenkrieg geschult waren, mit Fallschirmen in den Karpaten ab. Deutsche und Slowaken, die in abseits gelegenen Gebirgsdörfern der Ost- und Mittelslowakei lebten, meldeten zwar Fallschirmabwürfe über den Berg- und Waldgebieten, aber die slowakischen Behörden verharmlosten diese Meldungen oder beachtetten sie bewußt nicht.

Bis zum Juni 1944 war die Slowakei fast vollständig von direkten Kriegseinwirkungen verschont geblieben. Man kannte in jener Zeit z.B. keinen Hunger oder Bombenkrieg. Der Kriegsdienst im slowakischen Heer war zunächst freiwillig. Die Waffen-SS führte erst ab 1944 Zwangsrekrutierungen durch, weil viele Karpatendeutsche vor der Musterung verschwanden oder während der Grundausbildung desertierten.

Im Juli 1944 war es mit dem friedlichen Leben der Karpatendeutschen plötzlich vorbei. In den entlegenen deutschen Siedlungen sah man immer häufiger durchziehende Partisanenverbände. Slowakische und tschechische Partisanen, die meistens von sowjetischen Kommissaren geführt wurden, verübten vielerorts Anschläge gegen deutsche Nachschubtransporte und überfielen deutsche Siedlungen.

Die gutausgerüsteten Partisanen verminten in der Slowakei Eisenbahnstrecken und Straßen, sprengten Brücken, Tunnel und Gleisanlagen, zerstörten Stromkabel und Telefonleitungen, massakrierten deutsche Polizeiposten und plünderten abgelegene Höfe der Volksdeutschen aus. Diesen heimtückischen Sabotageakten und Überfällen fielen fast täglich deutsche Soldaten und Zivilisten zum Opfer.

Im August 1944 forderten slowakische Partisanen (ohne Abstimmung mit den slowakischen Streitkräften) die Slowaken per Rundfunkdurchsage zum Aufstand gegen die deutschen "Besatzer" auf und riegelten die Mittel- und Ostslowakei von allen Seiten ab. Die wehrlosen Karpatendeutschen waren danach fast völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Im Zentrum der Aufstandsbewegung, in der Mittelslowakei (Hauerland) und in der Ostslowakei, ereigneten sich später vielerorts Exzesse. Nach der Niederschlagung des slowakischen Aufstandes (Ende Oktober 1944) entdeckten die deutschen Truppen in der Mittel- und Ostslowakei mehrere Massengräber. Hunderte von ermordeten Karpatendeutschen wurden damals identifiziert und in ihren "Heimatorten" beigesetzt.

Im November 1944 ordnete Himmler radikale Vergeltungsmaßnahmen an, denen viele unschuldige Slowaken zum Opfer fielen. In der Ost- und Mittelslowakei ereigneten sich in der folgenden Zeit weiterhin Partisanenüberfälle, so daß man die Karpatendeutschen zunächst in die Westslowakei evakuierte. Nach dem sowjetischen Durchbruch in Ungarn (am Plattensee) wurde die Westslowakei schließlich geräumt.

Bis Anfang Januar 1945 transportierte man über 80 % der Karpatendeutschen in die westlichen Sudetengebiete sowie nach Böhmen und Österreich. Dort teilten sie später das grausame Schicksal der ostdeutschen Flüchtlinge und der Sudetendeutschen. Etwa 22.000 Karpatendeutsche weigerten sich, ihre Heimat zu verlassen. Sie blieben in der Slowakei zurück (x004/171).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über den slowakischen Aufstand (x004/158-165): >>>**Der slowakische Aufstand (August bis Oktober 1944)**

Nur wenige Wochen nach der Einführung der obligatorischen Dienstpflicht der Slowakeideutschen in der Waffen-SS wurde die Volksgruppe von einem Ereignis betroffen, das ihre Heimat unmittelbar in das Kriegsgeschehen einbezog und die brüchigen Fundamente freilegte,

auf denen der junge Staat aufgebaut war. Es kam zum slowakischen Aufstand. Seine Ursachen lassen sich im Grunde bis auf die Zeit der Entstehung der autonomen und darauf der selbständigen Slowakei zurückführen.

... Die Hlinka-Partei (hatte) bei der Ausrufung der Autonomie zunächst die Unterstützung und Mitarbeit der bedeutendsten slowakischen Parteien gefunden. Doch bereits einige Wochen danach fühlten sich diese durch den Totalitätsanspruch der Volkspartei brüskiert und übergangen, und die zuletzt durch die außenpolitische Situation bedingte Initiative der Hlinka-Anhänger bei der Gründung der selbständigen Slowakischen Republik führte sie schließlich in die Opposition.

Sie verstärkten das Lager der innerpolitischen Gegner der jungen Republik, ohne aber zunächst eine Aktivität entwickeln zu können, die ohnehin wegen der für Deutschland und seine Verbündeten günstigen Kriegslage wenig Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Erst die nach der deutschen Niederlage von Stalingrad eingetretene Wende der militärischen und politischen Lage rief sie auf den Plan.

Eine besondere Rolle spielte dabei die seit Herbst 1938 verbotene kommunistische Partei. Obwohl sie nur relativ wenige Mitglieder und Anhänger hatte und während des scheinbar guten deutsch-sowjetischen Einvernehmens - entsprechend den Moskauer Weisungen - bis zum Jahre 1941 kaum hervorgetreten war, verfügte sie über eine ausgezeichnete Untergrundorganisation, die mit dem Herannahen der Front und unter Mithilfe abgesprungener sowjetischer Agenten immer aktiver wurde. –

Neben ihr stand eine zahlenmäßig nicht geringe Gruppe, die für einen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken eintrat oder aus religiösen Gründen den herrschenden Staatskatholizismus ablehnte. Ihre stärkste Stütze fand sie in der protestantischen Bevölkerung des Landes, die seit der Gründung der CSR eine wesentliche politische Rolle gespielt hatte und nun ausgeschaltet war. Emigranten beider Gruppen entfalteten von Moskau und London aus lebhaft Propaganda gegen das herrschende Regime.

Nach Abschluß des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages anlässlich des Besuches von Benes in Moskau im Dezember 1943, schlossen sich in der Heimat beide Gruppen, deren innen- und außenpolitische Ziele keineswegs übereinstimmten, Weihnachten 1943 zum Slowakischen Nationalrat zusammen, der im engen Kontakt mit der tschechoslowakischen Exilregierung arbeiten sollte. Dieser fand bald Unterstützung in den Reihen des Offizierskorps der slowakischen Wehrmacht und Polizei, das größtenteils aus tschechoslowakischem Dienst übernommen worden war und sich durch den Einbruch der Hlinka-Garde in seine Ressorts brüskiert fühlte.

Die militärische Vorbereitung des Aufstandes übernahm der Generalstabchef der slowakischen Streitkräfte, Generalleutnant Golian. Unter der Vorspiegelung von Manövern zog er kampffähige Einheiten in der Mittelslowakei zusammen und leitete die Verlagerung von Kriegsmaterial und Versorgungsmaterial dorthin ein, die als Sicherstellung dieser Güter vor den im Juni 1944 einsetzenden alliierten Bombenangriffen auf die Westslowakei deklariert wurde.

Unabhängig von den Vorbereitungen der Armee bildeten sich in den unzugänglichen Gebirgsgegenden der Ost- und Mittelslowakei Partisaneneinheiten, die vorwiegend aus abgesprungenen sowjetischen oder in der Sowjetunion ausgebildeten slowakischen und tschechischen Agenten, entwichenen französischen Kriegsgefangenen und geflohenen ausländischen Zwangsarbeitern bestanden. Sie erhielten Zulauf und Unterstützung vor allem aus den Reihen slowakischer und tschechischer Kommunisten.

In den Sommermonaten des Jahres 1944 verstärkten sie ihre von der sowjetischen Partisanenleitung in Kiew dirigierten Aktionen gegen die deutschen Nachschublinien und die Anhänger des slowakischen Regimes, kontrollierten weite Landstriche der Mittel- und Ostslowakei und

erhielten weiteren Zuzug von seiten der Slowaken.

Unter dem Eindruck der herannahenden Front entschlossen sich aber auch dem herrschenden System nahestehende Offiziere zum Handeln, um dem Land unnötige Kämpfe und Zerstörungen zu ersparen. General Malár, der Befehlshaber zweier an den Karpatenpässen stehender slowakischer Divisionen, nahm im Einvernehmen mit dem Verteidigungsminister Catlos Verbindung mit der näherrückenden Roten Armee auf, mit dem Ziel, dieser im gegebenen Moment die Pässe zu öffnen und eine schnelle Besetzung der Slowakei unter Vermeidung von Kampfhandlungen und Zerstörungen zu ermöglichen. Die Pläne wurden allerdings durch die nun folgenden, sich überstürzenden Ereignisse vereitelt.

Denn noch bevor der Nationalrat seine militärischen Vorbereitungen abgeschlossen hatte, löste die Aktivität der Partisanenverbände den Aufstand aus. In den Tagen zwischen dem 25. und 28. August besetzten sie die wichtigsten Orte der Mittelslowakei (u.a. Turz St. Martin, Vrútky, Rosenberg, Neusohl, Altsohl) und metzelten am 26. August in Turz St. Martin eine auf der Rückfahrt von Rumänien befindliche deutsche Militärkommission, die von General Otto geleitet wurde, bis auf den letzten Mann nieder.

Unter dem Zwang dieser Ereignisse gab der Nationalrat am 29. August über den Sender Neusohl das Signal zum Aufstand, konstituierte sich gleichzeitig zu einer provisorischen Regierung und ordnete die allgemeine Mobilmachung an. In den folgenden Tagen besetzten Einheiten der Aufständischen, gebildet aus Verbänden der slowakischen Armee und Partisanen, fast die gesamte Mittel- und Ostslowakei.

Die Hoffnung des Nationalrats auf Beteiligung der gesamten Armee bei der Erhebung, erfüllte sich aber nicht, denn die Unentschlossenheit der Truppenkommandanten und die entstandene allgemeine Verwirrung bewirkten schließlich, daß die in der Westslowakei stationierten oder im Feld befindlichen Divisionen von den einmarschierenden deutschen Verbänden entwaffnet und interniert werden konnten.

Auch die Erwartungen, die man in die erhoffte Hilfe der Sowjetunion und der Westmächte setzte, blieben unerfüllt. In den folgenden Wochen wurden zwar eine in der Sowjetunion aufgestellte tschechoslowakische Jagdfliegerinheit und eine Fallschirmjägerbrigade sowie Waffen- und Kriegsmaterial in das Aufstandsgebiet eingeflogen, aber der erwartete Vorstoß der Roten Armee in der Slowakei blieb aus. Geplante größere Hilfsaktionen der Westmächte scheiterten an dem sowjetischen Standpunkt, daß die Slowakei zum Operationsgebiet der Roten Armee gehöre.

Die tschechoslowakische Exilregierung in London entsandte General Viest als Oberbefehlshaber und Minister Nemeč als Regierungsbevollmächtigten zu den Aufständischen. Weder ihnen noch dem Slowakischen Nationalrat gelang es aber, den von sowjetischen Interessen diktierten kommunistischen Einfluß und die herrschende Anarchie zu beseitigen. Zu dieser Verwirrung trug die Revolutionierung der Verwaltung in dem Aufstandsgebiet durch die Errichtung von Nationalausschüssen, die den bisherigen Verwaltungsapparat ablösten, nicht wenig bei.

Die Masse der durch Drohungen und Einschüchterungen verängstigten bäuerlichen slowakischen Bevölkerung stand dem Geschehen teilnahmslos oder abwartend gegenüber und beugte sich dem Zwang der Umstände; einen stärkeren Widerhall fanden die Parolen der Aufständischen in den Reihen der in der Mittelslowakei lebenden protestantischen Minderheit.

Noch am 29. August bat Tiso das Deutsche Reich um Hilfe gegen die Aufständischen. Da nicht genügend deutsche Truppen zur Verfügung standen, beschränkten sich die eilends aufgebotenen Verbände zunächst auf die Entwaffnung der in der Westslowakei stationierten slowakischen Einheiten und der im Osten stehenden Divisionen.

Den Oberbefehl übernahm SS-Obergruppenführer Berger, der nach drei Wochen durch den General der Waffen-SS und Polizei Hermann Höfle ersetzt wurde. Erst nach zweimonatigen,

für beide Seiten verlustreichen Kämpfen gelang es den deutschen Truppen, die schließlich die Stärke von 8 Divisionen umfaßten, den Aufstand niederzuschlagen und, in den letzten Oktobertagen, Neusohl, das Zentrum der Aufständischen, einzunehmen.

Für die in der Mittel- und Ostslowakei lebenden Deutschen kam der Aufstand nicht völlig überraschend, hatten sie doch schon seit Monaten die Bewegungen starker Partisaneneinheiten, die vor allem in den abseits gelegenen Dörfern und Gehöften requirierten, beobachtet und die Motorengeräusche der einfliegenden Flugzeuge, die Agenten und Material brachten, hören können.

Ihre der Volksgruppenführung und slowakischen Regierungsstellen mitgeteilten Informationen wurden aber entweder ignoriert oder bagatellisiert. Daher waren auch keinerlei Vorbereitungen zum Schutz der deutschen Bevölkerung getroffen, als der Aufstand losbrach.

Bei den nun folgenden Ereignissen mußten die Angehörigen der Volksgruppe aus ihren Einzelerlebnissen heraus den Eindruck gewinnen, als ob die von den Partisanen und Insurgenten unternommenen Aktionen speziell gegen sie gerichtet wären. Tatsächlich aber spielte die Volksgruppe in den Plänen und Maßnahmen der Aufständischen nur insoweit eine Rolle, als sie auf Grund ihrer Nationalität und Organisation als Verkörperung des herrschenden Regimes und seiner deutschen Schutzherren galt.

Einzelne Volksgruppenangehörige, vorwiegend kommunistisch gesinnte Bergarbeiter aus dem Hauerland, schlossen sich sogar den Aufständischen an, nahmen an den Kämpfen teil oder übernahmen Funktionen in den örtlichen Verwaltungsbehörden. Für die Masse der Deutschen begann aber eine Zeit spannungsgeladener Unsicherheit und Gefahr.

Da die slowakischen Garnisonen in den Orten des Waagtales, das das Hauerland nach Süden hin abgrenzt, zu den Aufständischen übergegangen waren, befand sich das gesamte mittelslowakische Deutschtum Anfang September 1944 in deren Hand und war von jeder Hilfe von außen abgeschnitten.

Plünderungen, Verschleppungen und ähnliche Willkürakte veranlaßten viele Einwohner deutscher Dörfer, wenn es ihnen möglich war, in die umliegenden Bergwälder oder, wie in Krikerhau, in die Kohlengruben zu flüchten. Einzelne konnten sich, durch ihre Angehörigen mit Lebensmitteln versorgt, bis zum Zusammenbruch des Aufstandes verborgen halten und tauchten erst wieder nach dem Einmarsch deutscher Truppen auf oder versuchten, sich zu den deutschen Linien durchzuschlagen.

Vielfach wurden sie aber auch gezwungen, sich den Partisanen zu stellen, da man Repressalien gegen ihre Familien oder die übrige Bevölkerung androhte und ergriff. In vielen Orten auch des Hauerlandes verliefen die ersten Wochen der Partisanen- und Insurgentenherrschaft noch verhältnismäßig ruhig. Bei drohenden Zwischenfällen griffen wiederholt die slowakischen örtlichen Behörden oder angesehene slowakische Einwohner gegen das Treiben radikaler ortsfremder Elemente ein und verhinderten Gewalttaten. Radioapparate und Waffen (Jagdgewehre) mußten abgegeben werden, ein Teil der Männer wurde zu Zwangsarbeiten eingezogen.

Dort aber, wo radikalere, meist ortsfremde Elemente als Partisanen oder Aufständische auftraten, kam es schon in den ersten Tagen und Wochen zu Mordtaten an Deutschen oder exponierten Nationalslowaken. Viel kleinlicher Nachbarschaftshaß entlud sich nun in Drangsalierungen der deutschen Familien. Aber erst in den letzten Wochen und Tagen des Aufstandes wandelte sich das Partisanenregime in eine Schreckensherrschaft.

Nachdem die Hoffnung der Aufständischen, die gesamte Slowakei und vor allem die Hauptstadt des Landes zu besetzen, sich nicht erfüllt hatte und da die überwiegende Mehrzahl der Slowaken dem Geschehen teilnahmslos gegenüberstand bzw. nur widerwillig mitmachte und der konzentrierte Angriff der deutschen Truppen bald das Herrschaftsgebiet der Insurgenten einengte, gewannen in den einzelnen Aufständischen- und Partisanengruppen die radikalen Elemente die Oberhand. Dies wurde dadurch erleichtert, daß es dem revolutionären National-

rat von Anfang an nicht gelungen war, die Aktionen der heterogenen Verbände zu kontrollieren.

Die zunehmende Gefährdung, die aus dem konzentrierten Vorgehen der z.T. aus Einheiten der Waffen-SS bestehenden deutschen Verbände für die Aufständischen erwuchs, steigerte ihre Verbitterung und verleitete sie zu Repressalien gegenüber den volksdeutschen Einwohnern. Sie richteten sich nicht allein gegen die Funktionäre der Volksgruppe, sondern gegen die deutschen Bewohner insgesamt. Alle Männer, deren man habhaft werden konnte, wurden festgenommen, in Zwangsarbeitslager wie Nováky oder Slovenská Lupca verschleppt oder z.T. in Massenexekutionen umgebracht. Die Massenmorde von Glaserhau, Prievidza und die Ermordung der geistigen Führungsschicht Deutsch Probens bildeten die furchtbarsten Exzesse dieser Art.

Von derartigen Massakern wurden nur die deutschen Bewohner der Mittelslowakei, des Zentrums der Aufstandsbewegung, betroffen, also die Arbeiter- und Bauernbevölkerung des Hauerlandes, die ihrer sozialen und geistigen Haltung nach am wenigsten dazu neigte, sich politisch im Sinne eines übersteigerten Nationalismus zu exponieren. Mitbeeinflusst wurde ihr Schicksal durch die Angstpsychose, von der die Partisanen beim Herannahen der deutschen Truppen und der von Himmler entsandten rücksichtslos vorgehenden Sicherheitspolizeikommandos ergriffen wurden.

Dazu kam, daß gerade in der Mittelslowakei die protestantischen, tschechoslowakisch gesinnten und von einem fanatischen Haß gegen das herrschende Regime und seine deutschen Beschützer getragenen Elemente überwogen und zusammen mit den Linksradiكالen die Initiative an sich rissen. Die verängstigte slowakische bäuerliche Bevölkerung wie auch die kommunalen Verwaltungsbehörden standen den Vorgängen ohne Verständnis gegenüber und suchten zu helfen, wo es unauffällig möglich war.

In den übrigen deutschen Siedlungsgebieten der Slowakei kam es während des Aufstandes ebenfalls zu dramatischen Ereignissen, wenn auch nicht zu ähnlichen Ausschreitungen wie in der Mittelslowakei. In den Streusiedlungen der Ostslowakei hatten die Volksdeutschen unter den Requirierungen und Bedrohungen der Partisanen schwer zu leiden, ohne aber größere Menschenverluste beklagen zu müssen. Auch in der Zips operierten die Insurgenten von Anfang an etwas zurückhaltender.

Dies wurde nicht zuletzt dadurch beeinflußt, daß die deutsche Bevölkerung der Oberzips eine, wenn auch manchmal durch die Partisanen unterbrochene, Verbindung zu den im Generalgouvernement stationierten deutschen Truppeneinheiten und Dienststellen halten konnte. Unter dem Schutz schwacher deutscher Einheiten konnten nach Ausbruch des Aufstandes Frauen und Kinder in Autobustransporten in die Gegend um Zakopane evakuiert werden, von wo sie nach wenigen Tagen, nachdem deutsche Truppen gegen die Aufständischen eingesetzt worden waren, wieder in ihre Heimatorte zurückkehren konnten.

Die Deutschen der Unterzips, die sich nicht weniger durch die Aufständischen bedroht fühlten, meisterten durch entschlossene Selbsthilfeaktionen, die durch kleine von Ungarn aus entsandte deutsche Einsatzkommandos unterstützt wurden, die bedrohliche Lage, ohne allerdings die Aktivität der Partisanenverbände ganz eindämmen zu können.

In der Zips kam es zudem relativ früh zu der Aufstellung des Heimatschutzes, einer improvisierten Selbstschutzorganisation der ortsansässigen deutschen Männer, die in Zusammenarbeit mit den wenigen zur Verfügung stehenden deutschen militärischen Einheiten vor allem die Evakuierung der Frauen und Kinder aus den abseits gelegenen und am stärksten gefährdeten deutschen Ortschaften sichern konnte.

Man kann also, verglichen mit den Ereignissen in der Mittelslowakei, keinesfalls von einer Partisanenherrschaft in der Zips sprechen, denn die Aufständischen konnten nur einige von den Deutschen besiedelte Orte besetzen, und dies auch nur für wenige Tage.

Die aus dem Generalgouvernement herbeigezogenen wenigen deutschen Truppen übten sogar auf die in der Zips stationierten und unschlüssigen slowakischen Einheiten einen solchen Druck aus, daß sich diese durch Abstellung von Geschützen an der Niederwerfung des Aufstandes beteiligten. Zu schweren Übergriffen und Mordtaten gegen Deutsche kam es nur in Einzelfällen. Selbst dort, wo die Volksdeutschen zur Zeit der Besetzung durch Partisaneneinheiten von der übrigen Bevölkerung isoliert, d.h. in einzelnen Gebäuden zusammengezogen und bewacht wurden, bestand doch für sie keine unbedingte Gefahr für Leib und Leben.

In Preßburg und seiner näheren Umgebung nahm der Aufstand überhaupt keine ernsteren Formen an. Bei den ersten Alarmnachrichten hatten sich die Angehörigen der deutschen Volksgruppendienststellen im sogenannten Gesandtschaftsviertel (XIII. Bezirk) zusammengezogen und zur Verteidigung vorbereitet, während das Gros der Preßburger Deutschen in seinen Wohnungen verblieb.

Da es aber mit Hilfe slowakischer Regierungsstellen frühzeitig gelang, die in ihrer Haltung gegenüber der Aufstandsbewegung unentschlossenen slowakischen Garnisonen in Preßburg und Umgebung zu entwaffnen bzw. in den Kasernen festzuhalten, und da aus dem benachbarten Protektorat und aus Österreich eilends aufgebote deutsche Einheiten das Gebiet besetzten, konnte sich hier der Aufstand gar nicht entfalten.

Der Plan der Aufständischen, die ganze Slowakei in ihre Aktion einzubeziehen, war damit gescheitert. Die Bewegung wurde nach zwei Monaten durch die deutschen Gegenoperationen niedergeschlagen; allerdings gelang es nicht, die Partisaneneinheiten zu vernichten. Sie zogen sich in die unwegsamen Gebirgsgegenden zurück und setzten den Kampf fort. Die nach der Niederschlagung des Aufstandes von Himmler angeordneten harten Vergeltungsmaßnahmen forderten die Opposition auch der bisher der Slowakischen Republik positiv gegenüberstehenden oder abwartenden Bevölkerung heraus und ließen das Land nicht mehr zur Ruhe kommen.

Zum Schutz der deutschen Siedlungsgebiete wurde nun von der Volksgruppenführung mit Unterstützung der deutschen Wehrmacht für alle Slowakeideutschen der Heimatschutz aufgestellt, ohne daß damit aber eine Sicherung von Gut und Leben der in der Ost- und Mittelslowakei lebenden Deutschen erreicht werden konnte.<<